

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2023



**Cottbuser Menschenrechtszentrum erneuert seine Dauerausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus**

**Ein anderes Land – Jüdisch sein in der DDR**

**Workuta: Biografien deutscher GULag-Häftlinge**

**Nein, so war es nicht!**

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“  
startete am 01. September 2023  
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. –  
Lernort für Demokratie  
Seelische Narben
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden  
Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock  
Detlef-Stein-Gedächtnisbibliothek zu Osteuropa eröffnet  
Deutsche Gesellschaft e. V. Berlin
- 6 Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden  
„Erinnerung als Auftrag 2024“  
XXVII. Theodor-Litt-Symposium

### Aufarbeitung

- 7 Cottbuser Menschenrechtszentrum erneuert  
seine Dauerausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus  
Eckart Giebler – Gefängnisseelsorger in der DDR  
und inoffizieller Mitarbeiter des MfS  
UOKG-Ausstellung „Mauern – Gitter – Stacheldraht“
- 8 Ein anderes Land – Jüdisch sein in der DDR
- 9 Die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze  
im heutigen Sachsen-Anhalt
- 10 Nein, so war es nicht!

### Recht

- 12 „Willkür“ – Bundesverfassungsgericht hebt  
Entscheidung des OLG Dresden auf

### Berichte

- 13 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 14 Eine gesetzliche Regelung zur Entschädigung  
der Zwangsausgesiedelten ist dringend nötig  
Lagergemeinschaft Workuta/GULag/Sowjetunion
- 15 Bericht über den Besuch des NKWD-Lagers Tost
- 16 Verronnene Zeit – 2. Bundesfrauenkongress in Halle
- 17 „Befreier“ wurde zum Unterdrücker der Demokratie

### Geschichte

- 18 Vor 50 Jahren
- 19 Die Ukraine und Bertha von Suttner

### Verbände

- 20 Neuwahl des Vereinsvorstands der Geschichtswerkstatt Jena  
Welche Erinnerungskultur wollen wir?  
Bundesverdienstkreuz am Bande für Dieter Dombrowski  
Jahresabschlussveranstaltung VOS Chemnitz
- 21 Scheidender Vizepräsident Christian Knauer  
mit „Pro Meritis Plakette“ ausgezeichnet  
Gisela Strauß zum 95. Geburtstag  
Workuta: Biografien deutscher GULag-Häftlinge

### Service/Bücher

- 22 Eine wichtige Stimme des Anti-Doping-Kampfs ist verstummt
- 23 Verlorene Zeit – Gegen das Schweigen  
Nachruf auf Dieter Drescher

### Umschlagbild

Wenn der Kapitalismus die Errungenschaften  
des Sozialismus übernimmt...

Foto: Henning Pietzsch

## Editorial

# Repressierte Frauen im Fokus

Wer würde dem widersprechen: die Frauen und Mütter haben trotz aller Gleichberechtigung eine besondere Funktion in der Familie. Das war in der DDR so, und das ist heute nicht anders. Aus diesem Grund hatten wir vor zwei Jahren in Stollberg/Erzgeb. den 1. Bundesfrauenkongress unter dem Motto „Das Schweigen brechen“ veranstaltet, zusammen mit dem „Frauenforum für politisch verfolgte Frauen in der SBZ und DDR“. Vor kurzem haben wir, die UOKG, in den Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale) den 2. Bundesfrauenkongress veranstaltet. Das Motto war diesmal „Verronnene Zeit“. Eins können wir sagen: Die Teilnahme der Frauen an diesem Kongress wurde nicht als verordnete, sondern im Gegenteil als belebende Zeit empfunden. Es war eine Freude, mit anzusehen, wie interessiert alle Teilnehmer waren. Die ehemals inhaftierten und repressierten Frauen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, haben viele interessante Beiträge zur Kenntnis nehmen können. Auch konnten wir von der UOKG spüren, wie engagiert und bewegt sie sich untereinander im Gespräch austauschten. Positiv aufgefallen war in diesem Jahr zudem, dass viele unserer auch älter gewordenen Frauen in Begleitung ihrer Kinder und Enkelkinder am Kongress teilnahmen. Von daher war für uns alle klar, dass der nächste Kongress in zwei Jahren genau dieses Thema aufgreifen wird, nämlich die nachfolgenden Generationen von repressierten Frauen aus der DDR. Es gilt, sie einzubinden und zu Wort kommen zu lassen. Es ist wichtig, dass wir die Beschreibung unserer gemeinsamen Erlebnisse und Geschichte nicht den politischen Linken oder allein den Wissenschaftlern überlassen, die als Historiker nüchtern zusammentragen, sondern dass wir unsere Geschichten vortragen, als Würdigung der Leistung dieser Frauen, aber auch als Mahnung, aufmerksam zu sein. So macht die Arbeit wirklich Spaß. Spaß, auch wenn es viel Arbeit war in der Vorbereitung. Es war insgesamt ein Erfolg

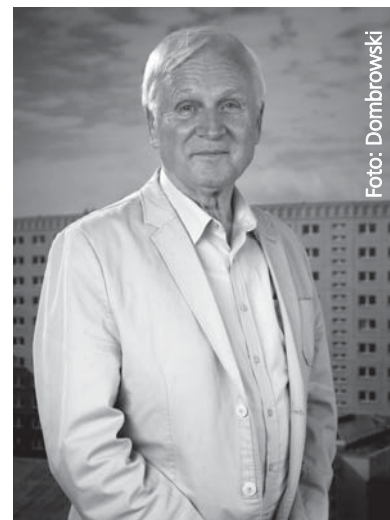


Foto: Dombrowski

und und großartiges Gemeinschaftserlebnis für alle Beteiligten. Für die Mühen der Mitarbeiter der UOKG und des Frauenforums danke ich recht herzlich.

Ich möchte zugleich erneut an Sie alle, lieber Leser des Stacheldrahtes und Freunde der UOKG, die Bitte richten, zu prüfen, ob Sie unsere Arbeit erstmals und/oder weiterhin mit einer Spende unterstützen können (Kontodaten finden Sie dazu auf der Rückseite des Stacheldrahtes).

Für die Zukunft planen wir ein Projekt, welches wir unterrepräsentierten bzw. politisch motiviert ausgegrenzten Aufarbeitungsinitiativen in ehemaligen Staaten des sowjetischen Machtbereiches widmen wollen. Wir möchten ihre Aufarbeitung mit unserer Erfahrung in der Aufarbeitung voran bringen, vor allem, wie man sich mit seinen berechtigten Anliegen gegen die jetzt Herrschenden, die oftmals dieselben sind wie zu Kommunismus-Zeiten, wie man sich gegen diese wehren und Rehabilitierungsmöglichkeiten durchsetzen kann. Wenn sie uns unterstützen möchten auch dafür, danke ich Ihnen besonders.

Bleiben Sie aufrecht und gesund.  
Ihr Dieter Dombrowski

## Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“ startete am 01. September 2023

Jugendliche sind eingeladen, sich mit der Geschichte der deutschen Einheit und deren Folgen seit 1989/1990 zu beschäftigen und ihre Beiträge bis zum 01. Februar 2024 einzureichen.

Der bundesweite Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ startete am 01. September in seine dritte Runde. Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren können Beiträge für den Wettbewerb einreichen und einen von 30 Preisen gewinnen. Die Gewinnergruppen erhalten ein Preisgeld zwischen 500 und 3.000 Euro und werden zur Preisverleihung im Juni 2024 nach Berlin eingeladen.

Der Wettbewerb regt Jugendliche dazu an, die spannende Zeit der Transformation seit der Friedlichen Revolution und deutschen Einheit in den Blick zu nehmen. Das Schwerpunktthema der aktuellen Runde lautet „Gesellschaft in Bewegung“. Mit welcher Art von Bewegung sich die Jugendlichen befassen, entscheiden sie selbst: etwa mit einem Umzug zwischen Ost und West, den neuen Reisefreiheiten


oder mit politischen Bewegungen wie der Frauen- oder Umweltbewegung. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt: Jugendliche können etwa Bekannte und Verwandte zu ihren Erfahrungen nach der Wiedervereinigung befragen. Wie erlebten diese die Zeit nach 1989/90? Und was hat das alles heute noch mit uns zu tun? Von Filmen über Podcasts bis zu Social-Media-Projekten sind alle Formate willkommen.

Staatsminister Carsten Schneider, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, sagte zu dem Ziel des Wettbewerbs: „Menschen, die während der Wende in der Mitte ihres Lebens standen, haben durch den Zusammenbruch des alten Systems oftmals tiefe Einschnitte und Brüche in ihren Biografien erlebt. Verheißungen haben sich für sie nicht immer erfüllt und viele haben die Umbruchszeiten als verunsichernd oder bedrohlich empfunden. Meine Generation hat den Zusammenbruch der DDR erlebt, aber auch die Freiheit des neuen Systems. Die „Umbruchszeiten“ habe ich persönlich als großen Aufbruch und Zeit der Chancen erlebt. Die Erfahrungen aus diesen Zeiten prägen

die Menschen und unsere Gesellschaft bis heute auf ganz unterschiedliche Weise. Der Jugendwettbewerb richtet den Fokus auf die gesellschaftlichen Entwicklungen von damals und schafft ein Bewusstsein bei Jugendlichen für die Teilungs- und Transformationsgeschichte.“

Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, freut sich auf die Wettbewerbsbeiträge: „Jugendliche leben heute in einer Zeit voller Veränderungen und gesellschaftlicher Transformationen. Den Weg von der Diktatur in die Demokratie in Deutschland, aber auch die Umbruchszeiten seit 1989/90 haben sie nicht selbst erlebt. Mit eigenen Fragen einen Blick auf diese bewegte Zeit zu werfen, kann jungen Menschen in ganz Deutschland, in Ost und West, Süd und Nord über den Schulunterricht hinaus helfen, die Gegenwart zu verstehen und Zukunft mitzugestalten.“

Informationen zum Wettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ und zu den Teilnahmebedingungen finden Sie unter [www.umbruchszeiten.de](http://www.umbruchszeiten.de).

Kontakt: Projektbüro  
Jugendwettbewerb Umbruchszeiten  
Fon: 030 31 98 95 336 | [umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de) 

## Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. – Lernort für Demokratie

Mehr als zehn Jahre nach Vereinsgründung und sechs Jahre nach dem Gedenkort an der Außenmauer wird unser neuer Lernort für Demokratie im früheren Hafttrakt B des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz mit Außenrundgang eröffnet. Damit ist die neue Gedenkstätte vollständig, und der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. hat eines seiner wichtigsten Vorhaben verwirklicht.

### Freitag, 20. Oktober 2023

Die offizielle Eröffnung des Lern- und Gedenkorts (geladene Gäste und Presse) findet am Nachmittag, 15 Uhr statt.

### Samstag/Sonntag,

### 21./22. Oktober 2023


Eröffnungswochenende mit freiem Eintritt, Podiumsdiskussionen, einem Konzert und Infoständen zahlreicher Aufarbeitungsinitiativen und Institutionen.

**Programm:** <https://gedenkort-kassberg.de/eroeffnungswochenende/>

### Hintergrund

Das ehemalige Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz ist als einstiger Abwicklungsort des Häftlingsfreikaufs ein wichtiger Erinnerungsort an DDR-Unrecht und deutsche Teilung. Aus Gefängnissen in ganz Ostdeutschland wurden politische Häftlinge hierher gebracht. Für die meisten der mehr als 33.000 Männer und Frauen, die von der Bundesrepublik zwischen 1962/1963 und 1989 freigekauft wurden, ging es von hier aus in die Freiheit. Außerdem diente der Gebäudekomplex als Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit und zuvor des sowjetischen NKWD/MGB. In der Zeit des Nationalsozialismus waren im Kaßberg-Gefängnis Angehörige unterschiedlicher Opfergruppen eingesperrt.

Lern- und Gedenkort  
Kaßberg-Gefängnis e.V.  
Kaßbergstraße 16 c  
09112 Chemnitz

E-Mail: [info@gedenkort-kassberg.de](mailto:info@gedenkort-kassberg.de)  
Tel.: 0371-3824 854  
Fax: 0371-3824 827  
Website: <https://gedenkort-kassberg.de/>  
Facebook neu: <https://www.facebook.com/lernortkassberg>  
Instagram: [https://www.instagram.com/lernort\\_kassberg/](https://www.instagram.com/lernort_kassberg/) 

## SEELISCHE NARBEN

Am 07. November 2023 um 18.00 Uhr findet eine musikalische Lesung (Vortrag und Lieder) zu „Seelische Narben“ mit Dr. Karl-Heinz Bomberg statt.

**Ort:** Parkhotel, Windbergsweg 4, 17033 Neubrandenburg.

Die Veranstaltung „SEELISCHE NARBEN Freiheit und Verantwortung in den Biografien politisch Traumatisierter der SBZ/DDR-Diktatur (1945-1989)“ wird organisiert durch die CDU-Fraktion Neubrandenburg, Frauenunion Mecklenburgische Seenplatte, Junge Union und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

### Vortrag

Termin: Samstag, 21. Oktober 2023, 14 Uhr  
 Titel: **Spurensuche.** Recherche nach Militärangehörigen beider Weltkriege und weitere Familienforschung im Bundesarchiv  
 Referent: Dr. Gunnar Wendt, Bundesarchiv

### Öffentliche Führungen

Termin: Mittwoch, 25. Oktober 2023, 11 Uhr  
 Eine Anmeldung per Telefon unter 0341 22473211 oder per E-Mail an [stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) wird empfohlen.

Termin: Mittwoch, 29. November 2023, 11 Uhr  
 Eine Anmeldung per Telefon unter 0341 22473211 oder per E-Mail an: [leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) wird empfohlen.

### Bürgerberatung und Ausstellung in der Region Leipzig

Termin: 27.11.2023, 12:00 – 18:00, 28.11.2023, 10:00 – 16:00  
 Titel: **Die Stasi in Paunsdorf**  
 Ort: Bibliothek Paunsdorf, Platanenstraße 37, 04329 Leipzig  
 Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

### Dauerausstellung

Titel: **Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.**

### Wechselausstellungen

– Titel: **Die Stasi**  
 Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatsicherheit in den Regionen  
 September bis 31. Dezember 2023

- Titel: **Leseland DDR**  
 Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle, 2022  
 Dauer: 09. Januar bis 31. Dezember 2023
- Titel: **17. Juni kompakt.**  
 Der Volksaufstand in der DDR 1953  
 Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2023  
 Dauer: 19. April bis 31. Dezember 2023

Öffnungszeiten der Ausstellungen:  
 Montag–Freitag 08–18 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10–18 Uhr  
 Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

**Ort:** Alle Veranstaltungen  
 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig  
 Dittrichring 24, 04109 Leipzig  
 Telefon: 0341 - 2247-3211  
 Fax: 0341 - 2247-3219  
 Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

### Besuchertage mit Archivführungen: Termine September – Dezember 2023

26.10.2023, 16.30 Uhr  
 Archivführung und Vortrag  
 30.11.2023, 16.30 Uhr  
 Angebot „Stasi-Akten entdecken“, 16.30 Uhr Archivführung  
 14.12.2023, 16.00 Uhr Archivführung

Archivführungen für Seniorinnen und Senioren am 07.11.2023 | 10.00 Uhr,

barrierefreier Rundgang mit Sitzmöglichkeiten.

### VERANSTALTUNGEN

**26.10.2023, 18.00 Uhr:** Spurensuche. Recherche nach Militärangehörigen beider Weltkriege und weitere Familienforschung im Bundesarchiv mit Dr. Gunnar Wendt (BArch, Abt. BA)

Die Spuren der eigenen Familiengeschichte

te führen oft ins Bundesarchiv – etwa in die Abteilung Personenbezogene Auskünfte (PA) des Bundesarchivs in Berlin-Tegel. Die dort verwahrten 75 Kilometer Schriftgut und Karteien geben insbesondere Auskunft über den Einsatz von Angehörigen im Ersten und Zweiten Weltkrieg und helfen bei der familiären Schicksalsklärung. Der Vortrag informiert Sie über die Bestände der Abteilung und stellt Ihnen darüber hinaus weitere genealogische Recherchemöglichkeiten im Bundesarchiv vor.

Um Anmeldung zu den Archivführungen wird unter Tel. 0351 2508-3411 oder per E-Mail: [dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) gebeten. Alle Angebote sind kostenfrei.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden  
 Riesaer Str. 7 D  
 01129 Dresden  
 Tel.: (0351) 2508-3411  
 E-Mail: [dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)  
 Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

## Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt

**Landeshauptstadt Magdeburg regelmäßig dienstags** in den Räumen der Behörde am Schleinufer 12 in 39104 Magdeburg. Anmeldung unter Telefon: 0391/5 60-15 05 oder E-Mail: [info@lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich.

**Oschersleben – Landkreis Börde**, Haus 3, Raum 205, Verwaltungsgebäude Triftstraße 9–10, 39387 Oschersleben, **08.11.2023** von 10 bis 16 Uhr statt. **Anmeldung unter Telefon** 0391/560-15 05 oder E-Mail ([info@lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de)).

**Anfragen zu weiteren Terminen und Orten sowie weitere Informationen unter:**

**<https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>**

Kontakt: Schleinufer 12, 39104 Magdeburg, Telefon: 0391/560-15 01

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

**Dienstag, 17. Oktober 2023,** 19.00 Uhr  
Vortrag und Gespräch: Zersetzung.  
Repressionsmethode des DDR-Staats-sicherheitsdienstes  
Referentin: Dr. Sandra Pingel-Schliemann (Politikwissenschaftlerin)  
Moderation: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)  
**Ort:** Haus des Gastes,  
Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz


**Donnerstag 26. Oktober 2023,**  
18.00 Uhr  
Podiumsgespräch: Psychiatrie in der DDR. Zwischen Hilfe, Verwahrung und Missbrauch  
Im Podium: Prof. Dr. Ekkehardt Kumbier (Uni Rostock),  
Dr. Kathleen Haack (Uni Rostock),

Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)  
Moderation: Dr. Steffi Brüning (LpB MV/DuG)  
**Ort:** Rathaus-Foyer, Neuer Markt 1, 18055 Rostock  
(Kooperation mit der Universität Rostock, der Hansestadt Rostock, der LpB MV/DuG und des BArch/StUA)

**Mittwoch 01. November 2023,**  
13.00 – 17.00 Uhr  
Bürgerberatung  
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)  
**Ort:** Grüner Weg 5, 18055 Rostock  
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

**Dienstag 07. November 2023,**  
15.00 Uhr  
Öffentliche Führung:  
Einer Diktatur auf der Spur  
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv  
**Ort:** Straße der Demokratie 2,  
18196 Waldeck/Dummerstorf

**Mittwoch 06. Dezember 2023,**  
13.00 – 17.00 Uhr  
Bürgerberatung  
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)  
**Ort:** Grüner Weg 5  
18055 Rostock  
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Tel.: 038208 826 1323  
E-Mail: [Beate.Karow@bundesarchiv.de](mailto:Beate.Karow@bundesarchiv.de)  
Internet: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock) 

## Detlef-Stein-Gedächtnisbibliothek zu Osteuropa eröffnet


Erste öffentlich zugängliche Bibliothek auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin. Tausende Bücher, Fachzeitschriften und Materialien hat der vor zwei Jahren verstorbene Vorstand des Bürgerkomitees 15. Januar e.V. und Berliner Verleger Detlef W. Stein zu seinem Thema Osteuropa und Südosteuropa gesammelt. Dank der Witwe und mit Förderung der Bundesstiftung Aufarbeitung macht der Berliner Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar diese jetzt für Interessierte öffentlich zugänglich.

Wenige Tage nach den Jahrestagen des deutschen Angriffes auf Polen und dem Hitler-Stalin-Pakt, der für den Zweiten Weltkrieg die Voraussetzungen schaffte, wird die Bibliothek jetzt eröffnet.

„Wir sind allen, die es möglich gemacht haben, dass wir jetzt ein Angebot zu diesem aktuellen Themenbereich anbieten können, dankbar. Dies gilt insbesondere Detlef Stein, der schon früh ein Gespür dafür hatte, dass die Region östlich und südlich von Oder und Elbe vermehrt von Wichtigkeit auch für unsere Gegenwart und Zukunft sein wird. Allerdings hat er auf eine friedliche Entwicklung miteinander gehofft und wäre sicher entsetzt, dass der russische Angriff auf die Ukraine derartige Fortschritte gegenwärtig zunichte macht.“, so Christian Booß, Beauftragter des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. „In einer Zeit, wo nolens volens das Interesse an dem Geschehen jenseits der Oder stark gewachsen ist, und zehntausende von

Flüchtlingen und Migranten aus diesen Ländern in der Stadt sind, ist es auch und gerade im Interesse der Aufarbeitung, sich diesem Thema stärker zu widmen.“ So die ehemaligen Vorstände Dr. Christian Booß und Dr. Stefan Wolle, die das Projekt angeschoben haben.

Wir nehmen auch gerne in begrenztem Maße Bücher entgegen, derzeit vorrangig solche, die sich mit aktuellen Fragen der Ukraine-Krise beschäftigen.

Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.  
Haus 1, Ruschestr. 103, 10365 Berlin  
[www.buergerkomitee1501berlin.de](http://www.buergerkomitee1501berlin.de)  
Anmeldungen und Nachfragen unter:  
[Bueko\\_Biblio@web.de](mailto:Bueko_Biblio@web.de) 

## Deutsche Gesellschaft e. V. Berlin

**Diskussionsveranstaltung:** „Unerhört!  
Vergessene Aufstände und marginalisierter Protest“  
**Zeit:** 07. November 2023, 18:00 Uhr  
**Ort:** Berliner Landeszentrale für politische Bildung  
(Hardenbergstr. 22–24, 10623 Berlin)

**Diskussionsveranstaltung:**  
„Herz auf der Straße: Protest und Emotion“  
**Zeit:** 05. Dezember 2023, 18:00 Uhr  
**Ort:** Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
(Kronenstr. 5, 10117 Berlin)

**Veranstalter:** Deutschen Gesellschaft e. V., Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Deutsche Nationalstiftung, Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Mehr hier:  
<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1653-2023-diskussionsreihe-mut-wut.html>

Deutsche Gesellschaft e. V.  
Mauerstraße 83/84, D-10117 Berlin; Tel.: +49 (0)30 88 412 254  
Internet: [www.deutsche-gesellschaft-ev.de](http://www.deutsche-gesellschaft-ev.de)  
Facebook: [www.facebook.com/DtGesellschaft](https://www.facebook.com/DtGesellschaft)  
Twitter: [www.twitter.com/dtgesellschaft](https://www.twitter.com/dtgesellschaft) 

## Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

### Termine im Oktober 2023

#### Öffentliche Führungen

Sonntag, 05.11.2023, 11:00 Uhr  
Montags jeweils 14:00 Uhr, 16.10.2023,  
23.10.2023, 30.10.2023, 06.11.2023,  
13.11.2023, 20.11.2023, 27.11.2023

#### Veranstaltungen

01.11.2023, 18:00–20:00  
Von Deutschland nach Deutschland über  
die Tschechoslowakei. Fluchtgeschichten  
aus den 1970er und 1980er Jahren.

06.11.2023, 19:00–21:00  
Geschichten nach dem Geschehen.  
Der Prager Frühling in der Literatur.

**BITTE BEACHTEN SIE: Die Veranstaltung findet im ZENTRALWERK, Riesaer Str. 32, Dresden statt.**

07.11.2023, 18:00–20:00  
Dresdner Erinnerungskultur.  
Zwischen Gegenwartsbewältigung  
und Versöhnungstheater?

08.11.2023, 18:00–20:00  
Geteilte Erinnerung. Der Prager Frühling  
im Gedächtnis der Tschechen, Slowaken  
und Ostdeutschen.

29.11.2023, 18:00–20:00  
Der letzte Ballonfluchtversuch  
aus der DDR. Herbst 1989.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen unter: [www.stasihaft-dresden.de](http://www.stasihaft-dresden.de)

**Ort:** Gedenkstätte  
Bautzner Straße Dresden  
Bautzner Straße 112a  
01099 Dresden  
Telefon: +49 351 899 60 442  
Internet: [www.stasihaft-dresden.de](http://www.stasihaft-dresden.de) 

## „Erinnerung als Auftrag 2024“

### „Historischer Kalenderdienst“ 6/2023

Die 114. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten November 2023/Dezember 2023/Januar 2024 hin. Im Erinnerungsjahr 2024 wird der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf die Entwicklungen des Revolutionsjahres 1989 in Deutschland und Europa setzen, die sich zum 35. Mal jähren.

### „Erinnerung als Auftrag 2024“

Der Kalender zeigt auf, dass 1989 die Verbrechen der kommunistischen Herrschaft mitnichten vergessen waren, sondern im Gegenteil trotz jahrzehntelanger Sprechverbote in der Bevölkerung sehr


präsent und wirkmächtig waren. Die Einträge beleuchten auch die zum Teil sehr unterschiedlichen Bedingungen, unter denen sich nach 1989 die Aufarbeitung der Zeit des Kommunismus zivilgesellschaftlich wie institutionell in den einzelnen Ländern entwickelte und die Erinnerung an die Opfer gestaltet wurde.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 30. November 2023.

**Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender für das Jahr 2024 kostenlos zugeschickt.**

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können für 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an [bueror@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:bueror@bundesstiftung-aufarbeitung.de) bestellt werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Jonathan Harnisch  
Fon: 030 31 98 95 225  
E-Mail: [j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de) 

## XXVII. Theodor-Litt-Symposium „Europa als (sächsischer) Bildungsmotor? – Barrieren und Potenziale“

Die Europäische Union ist zu einer Realität geworden, die im Zuge der fortschreitenden Globalisierung und Europäisierung verstärkt die internationale und nationale Politik bestimmt. Zugleich betrifft der immer größer werdende Einfluss der EU zunehmend das alltägliche Leben aller Menschen in Europa. In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger ist dieser Bedeutungszuwachs jedoch nicht einhellig positiv besetzt. Die Gründe hierfür sind so vielfältig wie beständig. Zentrale Aufgabe ist es daher, das Bewusstsein für die Bedeutung des Prozesses der europäischen Einigung zu schärfen.

Die Deutsche Gesellschaft e. V., die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung und die Europäische Bewegung Sachsen e. V. nehmen sich auf dem XXVII. Theodor-

Litt-Symposium unter dem Titel „Europa als (sächsischer) Bildungsmotor? – Barrieren und Potenziale“ dieser Aufgabe an. Ziel der Veranstaltung ist es, unter der Leitfrage „In welchem Wechselverhältnis stehen politische Bildung, europäische Entwicklung und die Wahrnehmung des Themas Europa?“, Barrieren, Erfordernisse und Potenziale der europapolitischen Bildung zu erörtern, um zukünftige Aufgaben für Politik und Gesellschaft zu definieren. Neben dem Blick auf Sachsen, das sich als Grenzregion besonderen Herausforderungen gegenübersteht, werden deutschlandweite sowie internationale Entwicklungen in die Betrachtung einbezogen.

**Ort:** Zeitgeschichtliches Forum Leipzig  
Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

**Zeit:** 07. Dezember 2023  
(10:00–17:15 Uhr)  
**Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 05. Dezember 2023 gebeten, an:**  
[litt2023@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:litt2023@deutsche-gesellschaft-ev.de)

**Ausführliche Informationen:**  
<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1700-2023-litt-symposium.html>

**Kontakt:**  
Deutsche Gesellschaft e. V.  
Dr. Heike Tuchscheerer  
Politik und Geschichte  
Tel.: 030 88412-254  
E-Mail: [heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de) 

## Cottbuser Menschenrechtszentrum erneuert seine Dauerausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus

Die Dauerausstellung zur Geschichte der Cottbuser Haftanstalt während der Zeit des Nationalsozialismus (NS) wird aktuell neu konzipiert. Anlässlich dessen lud das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ) zu einem offenen und hochkarätig besetzten Werkstattgespräch am 21. September 2023 in die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Straße 140 ein.

Nach einer Einführung durch Heide Schinowsky, Leiterin der Gedenkstätte, gaben dem Werkstattgespräch weitere Impulse die Stellvertretende Direktorin der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Dr. Andrea Genest, die Leiterin der Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel Martina Staats und die ehemalige Leiterin der Gedenkstätte Ra-

vensbrück Dr. Insa Eschebach. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Sabine Kuder (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur). Der Austausch wurde live im Internet übertragen.

Zur Darstellung und Vermittlung der Geschichte des Haftortes während der NS-Zeit werden u. a. die Zusammensetzung der Häftlingsgemeinschaft, der Haftalltag sowie die Umstände der Zwangsarbeit thematisiert. Darüber hinaus sollen innovative und interaktive Bildungsangebote für verschiedene Zielgruppen erstellt werden. **Die neu gestaltete Ausstellung soll Mitte 2024 eröffnet werden:** „Wir arbeiten seit 2021 begleitet von einem für dieses Projekt eingesetzten wissenschaftlichen Beirat an der Neugestaltung

des NS-Teils unserer Dauerausstellung. Gemeinsamer Anspruch ist es, eine sowohl wissenschaftlich fundierte als auch den aktuellen Standards entsprechende historisch-dokumentarische Ausstellung zu realisieren“, so Heide Schinowsky.

Mehr Informationen zum wissenschaftlichen Beirat: <https://kurzelinks.de/84r1>

Heide Schinowsky, Geschäftsführende Vorsitzende Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ)  
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus  
Bautzener Str. 140  
03050 Cottbus  
Tel.: +49 (0) 355 290 133 0  
Web: [www.menschenrechtszentrum-cottbus.de](http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de)



## Eckart Giebeler – Gefängnisseelsorger in der DDR und inoffizieller Mitarbeiter des MfS

Öffentliche Erklärung der Kirchenleitung zur Tätigkeit von Eckart Giebeler, Gefängnisseelsorger in der DDR und inoffizieller Mitarbeiter des MfS. **Einladung zum Gottesdienst am 05. November 2023 um 18 Uhr in der St. Marienkirche Berlin.**

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz lädt ein zu einem Gottesdienst mit Bischof Dr. Christian Stäblein, Vorsitzender der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche-Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sowie mit Mitgliedern der Kirchenleitung. In diesem Zusammenhang wird eine Öffentliche Erklärung der Kirchenleitung

zur Tätigkeit von Eckart Giebeler verlesen. Für solch einen Gottesdienst und ein Wort der Kirche hatten sich ehemals politisch Verfolgte, die während ihrer Haftzeit Begegnungen mit Eckart Giebeler als Seelsorger hatten, in einem Gespräch mit dem Bischof und Mitgliedern der Kirchenleitung ausgesprochen. Sie verliehen ihrer Erwartung Ausdruck, dass sich die Kirche zu dem Verhalten des Seelsorgers und zu ihrer eigenen Rolle positionieren müsse. Die Beteiligten an dem Gespräch sind wie alle Opfer des SED-Regimes zu diesem Gottesdienst eingeladen.

Weitere Gäste sind: Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der

Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke und ihre Stellvertreterin Susanne Kschenka, sowie Dr. Marie Anne Subklew-Jeutner, Autorin des Buches „Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi“ (2019). **Zum Thema ist im Stacheldraht 4/2023 S.12 ein Artikel unter der Überschrift „Betroffene wünschen sich ein öffentliches Wort“ erschienen.**

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Telefon: 0331 / 23 72 92 – 23, [www.aufarbeitung.brandenburg.de](http://www.aufarbeitung.brandenburg.de)

## UOKG-Ausstellung „Mauern – Gitter – Stacheldraht“

Am 05. Oktober 2023 wurde in Vechta in Anwesenheit des Landrats Tobias Gerdemeyer und weiterer Lokalpolitiker die UOKG-Bannerausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ eröffnet. Der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski sprach ein Grußwort und Alexander W. Bauersfeld hielt den Einführungsvortrag. Die Ausstellung kann dank der großzügigen Spende eines Arztes aus Bayern in diesem Jahr auch noch ab 03.11.2023 in Ansbach gezeigt werden.

Damit konnte diese wichtige Ausstellung, die Schicksale von Menschen zeigt, die in der SBZ und DDR politisch verfolgt, inhaftiert und sogar ermordet wurden, dieses Jahr erneut einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur leisten. Weitere Informationsveranstaltungen gab es 2023 im Evangelischen Gymnasium Anweiler am Trifels sowie im Niedersächsischen Landtag in Anwesenheit vieler Landtagsabgeordneter. Die gleichnamige Plakatausstellung ist ab 26.10.2023 auch im Bundesarchiv – Stasiunterlagenarchiv – Halle/Saale zu sehen. Der Eintritt ist an allen Orten frei. Diese wichtige Arbeit sollte auch 2024 fortgesetzt werden.

## Ein anderes Land – Jüdisch sein in der DDR

Die Ausstellung „Ein anderes Land – Jüdisch in der DDR“ im Jüdischen Museum Berlin lässt weit mehr Fragen offen als sie beantwortet. Es ist zweifellos positiv, dass sich in der Ausstellung zahlreiche Personen äußern, die als selbst Betroffene über das Leben als Juden in der DDR berichten. So nähert man sich dieser Problematik ohne vorgefasste Vorurteile, wie sie in der zeithistorischen Literatur verbreitet sind.

Sie kamen unmittelbar nach dem Krieg und der Shoah, die auch in ihren jüdischen Familien und Freundeskreisen Verwüstungen angerichtet hatte, zurück nach Deutschland, in das Land der Täter. Sie kamen, um den sowjetisch besetzten östlichen Teil Deutschlands zu einem anderen, einem sozialistischen, humanen, toleranten Land zu machen. Das ist der Grundtenor der Ausstellung, der sich soweit mit der historischen Wirklichkeit der damaligen Zeit deckt. Was die Ausstellung nicht thematisiert ist jedoch, wie viele solche jüdischen Idealisten es waren, die die Rückkehr nach Deutschland der Emigration in die USA oder nach Palästina vorzogen. Und kaum beantwortet bleibt die Frage, wie viele von diesen meist kommunistisch orientierten Volontären des sozialistischen Aufbaus sich selbst als Juden sahen. Denn sofern sie aus jüdischen Familien stammten, in denen die jüdische religiöse und geistige Tradition gepflegt wurde, hatten sie sich als Jungkommunisten von jeglicher Religion distanziert, oft auch von jeder Erinnerung an das jüdische Leben ihrer Vorfahren. Und wie viele waren es? In der Literatur findet man die Schätzung von 8 bis 9 Tausend Personen, von denen nach der Gründung der DDR im Jahre 1949 nur etwa 1500 den jüdischen Gemeinden angehörten (Siehe Monika Richarz: Juden in der BRD und in der DDR seit 1945, in: Micha Brumlik (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 13-30, hier S. 16-21; Hartewig: Zurückgekehrt (Anm. 2), S. 2 f.). 1989 waren es nur noch etwa 400 Mitglieder. Die meisten der jüdischen Rückkehrer blieben als Kommunisten den Gemeinden fern, womit sie ihre Religionsferne demonstrierten. Aber auch die Mitglieder der jüdischen Gemeinden der DDR waren größtenteils zugleich SED-Mitglieder und an die Tradition, nicht aber an die Religion gebunden. Solche Betrachtungen vermisst man in der Ausstellung.

Trotzdem, und das kann ich aus eigener Erfahrung als Jude in der DDR sagen, fühl-

ten sich viele der jüdischen Rückkehrer in die DDR und ihre Kinder als Juden, auch wenn sie in ihrem Leben nie eine Synagoge betreten hatten und statt der jüdischen Feiertage kommunistische begingen. Denn es gab in dem jüdischen Milieu eine Gemeinsamkeit der Erfahrungen, welche die Eltern-, aber auch die Kindergeneration, gravierend von der Mehrheitsgesellschaft unterschied und trennte. Das waren einerseits die Erfahrungen der Verfolgung als Jude und als Kommunist während der Nazizeit. Andererseits war es die Erfahrung der Eltern, die als entschiedene Gegner des Nationalsozialismus oder, wie sie es sagten, des deutschen Faschismus, aus Deutschland fliehen mussten und oft noch außerhalb Deutschlands im Kampf gegen den Faschismus aktiv gewesen sind, sei es in Frankreich, Belgien oder Spanien. Den Kindern dieser „Kämpfer gegen den Faschismus“, wie ihr Ehrentitel in der DDR hieß, zu denen auch ich zählte, war kaum zu verdenken, dass sie auf ihre Eltern stolz waren, sie als Helden sahen, vielleicht auch verehrten. Dieses Gefühl der Kinder privilegierte sie gegenüber der Mehrheit der Gleichaltrigen, die meist auf Eltern zurückblicken mussten, die aktiv oder passiv den Nationalsozialismus unterstützt hatten. Solche Gefühle artikulieren manche der in der Ausstellung vorgestellten Juden der Kindergeneration in ihren Erinnerungen an die Zeit in der DDR.

Etwa 500 Juden haben, wie in der Ausstellung zu lesen ist, 1953 aus Angst vor erneuter Verfolgung die DDR Richtung Westen verlassen. Damals haben auf Geheiß von Stalin in Osteuropa, besonders in der Tschechoslowakei, Prozesse gegen aus dem Westen zurückgekehrte Kommunisten stattgefunden, meist Juden, denen nachrichtendienstliche Tätigkeit für die USA unterstellt wurde. Was aber in der Ausstellung nicht herausgestellt wird ist, dass im Gegensatz zur Tschechoslowakei in der DDR gegen jüdische Kommunisten keine Todesurteile gefällt wurden. Diese finstere stalinistische Episode war aber in der DDR eine bald vergessene Randscheinung. Und, so erstaunlich es klingen mag, unter den Juden der DDR hat es seit Ende der fünfziger Jahre kaum die Erfahrung des Antisemitismus gegeben. Das ist umso erstaunlicher, als durch die DDR seit dem Sechstagekrieg von 1967 eine unversöhnliche Kampagne gegen den „Aggressor“ Israel rollte, was in der Ausstellung ausgiebig dokumentiert ist. Auch jüdische

Exponenten der Kultur und Wissenschaft wurden aufgefordert, Israel öffentlich zu verurteilen, was aber nur eine klägliche Minderheit tat. Das Entstehen für Israel schuf unter Menschen, die fast schon ihre jüdische Identität verloren hatten, eine neue Gemeinsamkeit. Bei manchen, auch bei mir, war es der erste Anstoß für ein Aufbegehren gegen das System des „realen Sozialismus“ in der DDR. Diese innere Entwicklung junger Juden wird z.B. von dem Musiker Martin Schreier, dem Leiter der in der DDR legendären Rock-Gruppe „Sterncombo Meißen“, in einem Video-Beitrag sehr beeindruckend erzählt. Jedoch, wie Martin Schreier hervorhebt, sind die Juden in der DDR sehr gut betreut und sogar materiell privilegiert gewesen, weswegen es für ihn und für viele andere Juden kaum einen Grund gegeben habe, die DDR zu verlassen, zumal er seit 1985 in den Westen reisen durfte. Er entschied sich, in der DDR zu bleiben, obwohl er seit der Kindheit das diktatorische politische System der DDR zutiefst ablehnte.

Viele der Nachkriegsrückkehrer in die DDR bekleideten hohe Positionen in der Kultur, Wirtschaft, aber auch in der Politik. Letzteres ist in der Ausstellung nicht erwähnt worden, vermutlich um bei den Zuschauern keine Ressentiments zu wecken. Denn die in der Ausstellung nicht erwähnte Riege der in der DDR einflussreichen politischen Elite mit jüdischem Hintergrund spricht für sich: Alexander Abusch, Hermann Axen, Hilde Benjamin, Kurt Hager, Albert Norden, Markus Wolf, Friedrich Karl Kaul ist die unvollständige Aufzählung (Kurt Hager, seit 1963 Sekretär für Wissenschaft, Kultur und Bildung im ZK der SED; Hermann Axen, seit 1970 Sekretär für Internationale Verbindungen, Internationale Politik und Wirtschaft sowie Auslandsinformation beim ZK der SED; Albert Norden, seit 1958 Sekretär für Auslandsinformation im ZK der SED Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates; Alexander Abusch, langjähriger Kulturminister; Markus Wolf, 1952–1986 Leiter der Hauptabteilung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit; Hilde Benjamin, Vizepräsidentin des Obersten Gerichts (1949–1953) und später Justizministerin (1953–1967); Friedrich Karl Kaul, Staranwalt der DDR, unter anderem in internationalen NS-Prozessen).

Hier kann man natürlich, wie Wolfgang Benz, anführen, dass sich die politisch engagierten Kommunisten meist von ih-

ren jüdischen Wurzeln losgesagt hatten (Siehe Wolfgang Benz, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/geleugnet-aber-nicht-zu-uebersehen>, 2015). Das traf aber ebenso auf die meisten Juden in der DDR zu, denen diese Ausstellung gewidmet ist. Oftmals führten erst politische Umwälzungen oder persönliche Schicksalsschläge dazu, dass sie sich an ihre jüdischen Wurzeln erinnerten, was besonders in der Wendezeit bei vielen der Fall gewesen ist. Die Ausstellung entkräftet den nach der Wende in der Bundesrepublik verbreiteten Vorwurf, man habe in der DDR aus ideologischen Gründen den Holocaust verschwiegen. Noch in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR entstanden zahlreiche Romane und Spielfilme, die sich der Verfolgung und Ermordung der Juden in der NS-Zeit widmeten. In der Ausstellung werden 38 Titel von Filmen zu diesem Thema genannt, die in der DDR zum Teil ein sehr breites Publikum erreichten.

In der Ausstellung wird auch die wundersame Wandlung Erich Honeckers vom Saulus zum Paulus thematisiert. Nachdem sich die SED Jahrzehnte lang dem Judentum gegenüber reserviert bis misstrauisch verhalten hatte, wurde Honecker Ende der achtziger Jahre zum großzügigem Förderer der kleinen jüdischen Gemeinschaft der DDR. Mit großem Pomp und in-

ternationalem Echo wurde die im Zweiten Weltkrieg durch Bomben zerstörte große Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße zum Teil restauriert. Jüdische Friedhöfe wurden durch FDJ-Gruppen in Ordnung gebracht. Jüdische Kultur wurde mit behördlicher Förderung öffentlich wahrnehmbar. Vertreter internationaler jüdischer Organisationen und der Westberliner Jüdischen Gemeinde wurden in der DDR wie Staatsmänner empfangen und mit hohen Auszeichnungen bedacht. Hintergrund der demonstrativen Öffnung der DDR-Führung für Belange der jüdischen Gemeinschaft war Honeckers Wunsch, seine politische Laufbahn durch eine Einladung in die USA krönen zu können und die amerikanische Regierung zur finanziellen Unterstützung der maroden DDR-Wirtschaft zu bewegen. Der durch Massendemonstrationen erzwungene Rücktritt Honeckers am 17. Oktober 1989 durchkreuzte seine ehrgeizigen Pläne. Das im März 1990 zum ersten Mal frei gewählte Parlament der DDR bekannte sich zur Verantwortung für den Massenmord der Nationalsozialisten an Juden und beschloss, als Zeichen der Wiedergutmachung bedrängte sowjetische Juden nach Deutschland einzuladen.

Die Ausstellung liefert den Besuchern eine Kollage von Erinnerungen von Juden aus ihrer Zeit in der DDR, die ein völlig

anderes Bild ergibt, als die Erinnerungen von Juden aus der Bundesrepublik. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist in der Ausstellung nicht erwähnt worden: Nach der Massenflucht von Juden aus Deutschland und dem anschließenden Massenmord an den in Nazi-Deutschland verbliebenen Juden war Deutschland nach dem Krieg weitgehend „judenfrei“. In den Westzonen Deutschlands ist ein Teil der in amerikanischen Lagern für displaced persons untergebrachten heimatlosen, meist polnischen Juden geblieben. Sie entschlossen sich, in Deutschland für sich eine neue Existenz aufzubauen und bildeten den Kern der kleinen bundesdeutschen jüdischen Nachkriegsgemeinden. In die Ostzone, die spätere DDR, sind dagegen, wie oben erwähnt, vorwiegend kommunistisch orientierte deutsche Juden zurückgekehrt. Dieser gravierende Ost-West-Unterschied hätte in der Ausstellung hervorgehoben werden können.

Die Ausstellung „Ein anderes Land – Jüdisch in der DDR“ sollte interessierten Personen, besonders aber Zeithistorikern, den Anlass bieten, sich möglichst vorvorgekommen mit dem ungewöhnlichen jüdischen Leben in der ehemaligen DDR gründlich zu beschäftigen.

Gabriel Berger

## Die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze im heutigen Sachsen-Anhalt



Die VOS Sachsen-Anhalt als Veranstalter. In enger Kooperation mit der Lutherstadt Eisleben und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED Diktatur Magdeburg wurde am 29. September 2023 in den Ausstellungsräumen des St. Katharinenstift (Eisleben) die Wanderausstellung „An der Grenze erschossen“ eröffnet.

Zur Eröffnung wurde das Ave Maria gespielt und ein Auszug aus der Todesliste der Opfer an der Innerdeutschen Grenze in Sachsen-Anhalt verlesen. Der anwesende Bürgermeister Carsten Staub würdigte die Toten in einer angemessenen Rede. Auf der Liste der eingeladenen Gäste stand auch die SPD-Abgeordnete Katrin Budde, die sich durch ihren Büroleiter Mike Künzel vertreten lies und ein entsprechendes Grußwort übermittelte. Die Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker aus Halle/Saale informierte sachkundig über das Grenzregime im heutigen Sachsen-Anhalt. Bürgermeister Staub versprach der VOS, weitere Ausstellungen im Mansfelder Land zu unterstützen. Die Ausstellung läuft noch bis zum 27. Oktober 2023.

## Nein, so war es nicht!

Im März 2023 erschien das Buch „Jena Paradies“ von Peter Wensierski, zu dem ich ihn drei Jahre zuvor angeregt hatte. Die Absicht damals war, ein Buch über das Leben von Matthias Domaschk zu schreiben, nachdem die vom Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow eingesetzte „Arbeitsgruppe zum Tod von Matthias Domaschk“ ihren Abschlussbericht im Augst 2019 vorgelegt hatte. Darin waren die Ergebnisse dreijähriger Recherchearbeit von Dr. Henning Pietzsch und RA Wolfgang Loukidis zusammengefasst worden. Sie erhärteten die erheblichen Zweifel an der vom MfS dokumentierten These vom Suizid Matthias Domaschks.

Peter Wensierski hat für sein Buch viele Aktivisten der 70er/80er Jahre in Jena aufgesucht und befragt. Er hat ihre Akten gelesen, ihre Briefwechsel, ihre Fotoalben gesichtet. Und hat diese im Licht seiner eigenen Sozialisation gedeutet. Heraus-

gekommen ist ein Buch, dass sich dank der journalistisch geschulten und dem Jugendjargon der damaligen Zeit angepassten Sprache flott liest und die bedrückende und einengende Atmosphäre dieser Zeit anschaulich darstellt.

Natürlich war unsere tatsächliche Sprache damals eine andere, sowohl was Ausdrücke als auch Diskussionsfähigkeit betrifft. Realistischer hat dies Tino Stremmel in seinem Buch „Drei Tage und ein Leben“ wiedergegeben. Auch Freya Klier in „Matthias Domaschk und der Jenaer Widerstand“. Und auch die Alltagswirklichkeit fühlte sich anders an, als in Peter Wensierskis Buch beschrieben. Das Geld war so knapp, dass wir manchen Monatsende Flaschen sammeln gingen, um Brot zu kaufen. So viele Westplatten mit guter Musik hatten wir leider auch nicht. Und die Menge Rotwein, die er Matz trinken lässt, gab es nie in Jena, nicht mal bei Hauser (ehemalige Straßen- bzw. Eckkneipe, wo sich über fast zwei Jahrzehnte ein Großteil der Jenaer „Kundenszene“ abends auf zumeist viele Biere, Bouletten und Bratkartoffeln traf).

### Hintergrund und Deutung

Aber wichtiger als diese Details ist die Absicht im Hintergrund, mit der Peter Wensierski schreibt und die Deutung, die er dem Geschehen gibt. Er erweckt mit der Konstruktion des Buches massiv den Eindruck, als hätte er das damalige Geschehen historisch recherchiert und mit kriminalistischem Spürsinn aufgedeckt. Dabei hält er sich, was Matz betrifft, durchgehend an die einzige Akte, die das MfS unter dem Namen Matthias Domaschk angelegt hat, die die Stasiversion seines Todes darstellt. Das finde ich fatal. Und die noch lebenden MfS-Offiziere lachen sich ins Fäustchen.

Diese Akte hat ihn scheinbar so fasziniert, dass er förmlich in sie hineinkriecht und sie mit großem literarischem Geschick ausschmückt – und damit legalisiert. Und ihr einen überhöhten Wahrheitsgehalt zuschreibt. Er tut das so intensiv, als hätte er die ganze Zeit als unsichtbarer Geist daneben gestanden und alles mitstenografiert. Er entblößt sich nicht, sich sogar in die Köpfe der MfS-Offiziere zu begeben und ihnen eine Gedankenwelt zu geben, die zu seiner Deutung des Geschehens passt. Und genau diese Deutung halte ich für falsch.

Peter Wensierski baut das ganze Buch so auf, dass alles zwangsläufig und unwidersprechbar auf einen Suizid hinauslaufen muss. Warum?

War es seine Absicht, die Unmenschlichkeit und Härte und Falschheit des „realexistierenden Sozialismus“ und seiner Machtorgane aufzuzeigen? Die Absicht ist löblich, aber das Leben und den Tod von Matthias Domaschk dafür zu verzwecken ist Missbrauch. War es dagegen seine Absicht, dem Leben von Matz, zu dem auch sein Tod gehört ein Andenken zu setzen, dann hat er sträflich vernachlässigt, was viele Menschen schon vor ihm dazu beigetragen haben.

### Diverse Bücher und Abhandlungen

Diverse Bücher und Abhandlungen sind schon zum Leben und Tod von Matthias Domaschk geschrieben worden, es gibt Filme über ihn und sein Schicksal, sogar eine Rockoper, in der der Komponist Jochen Wich sein Leben lyrisch und musikalisch verarbeitet hat. All dies ist Peter Wensierski keiner Erwähnung wert. Schade. Und Schande, denn so entsteht der Eindruck, als ob Peter Wensierski der einzige und umfassende „Aufklärer“ sei.

Es gibt seit nun über 30 Jahren viele Forschungsergebnisse zum Tod von Matz, die er mit seiner Deutung des Geschehens und ohne einen bewussten Willen zu unterstellen abwertet und ausschließt.

### Gegenbeispiel und Zweifel

Ich will hier nur ein Beispiel erwähnen. Schon 1982 gab es erste öffentliche Mitteilungen, die die Stasiversion eines Suizids widerlegten. Ich zitiere aus den Akten des BND (51C/51CA-2B): Professor Kurt Pitzler berichtet über seinen Kollegen und Jagdfreund Dr. Manfred Disse, der ihm folgendes erzählte: „Er sei nachts wegen eines Todesfalls in das Untersuchungsgefängnis des MfS GERA gerufen worden. Bei dem Toten handelte es sich um den DDR-Bürger DOMASCHK. DISSE wurde erklärt, dass DOMASCHK Selbstmord durch Erhängen verübt habe. DISSE überführte den Toten in das gerichtsmedizinische Institut JENA und nahm dort die Obduktion vor. Seine Untersuchung ergab, daß aufgrund der Würgemale am Hals ein Suizid durch Erhängen mit Sicherheit auszuschließen sei. Vielmehr deuteten die Merkmale eindeutig auf Erwürgen hin, wobei der Täter hinter DOMSCHK gestanden haben musste. DISSE legte diese Erkenntnis in einem Untersuchungsbericht nieder. Der Untersu-



Renate Ellmenreich und Rechtsanwalt Wolfgang Loukidis, der Renate Ellmenreich bei den langjährigen Prozessen vor Gericht und beider Aufklärungsarbeit intensiv begleitete und unterstützte.



Ministerpräsident Ramelow, Renate Ellmenreich, Peter Rösch (1955–2017) in der Thüringer Staatskanzlei 2015.

chungsbericht ging u.a. an die MfS-Dienststelle GERA. Einen Tag später wurde DISSE von MfS-Angehörigen aufgesucht und aufgefordert, seinen Untersuchungsbericht auf „Tod durch Selbstmord“ abzuändern. DISSE lehnte das ab. Daraufhin wurde ihm der Fall durch seine Vorgesetzte, Frau Professor KERDE, entzogen. DISSE wurde mit dem Fall nicht mehr konfrontiert, nahm aber an, daß in einem neuen Protokoll die Todesursache gem. Wunsch des MfS niedergelegt wurde.“

Am 09. April 2011 bekräftigte Dr. Disse in einer öffentlichen Veranstaltung des ThürAZ in Jena noch einmal, dass er nicht auf Selbstmord plädiert habe und eine andere Todesursache möglich gewesen sei. 2019 kommt auch der Pathologe Dr. Tsokos nach Besichtigung der Fotos in der Todesakte zu dem Schluss: „Zusammenfassend ergeben sich aus rechtsmedizinischer Sicht an der Todesursache Erhängen einige Zweifel. Als weiterer todesursächlicher Mechanismus kommt eine andere Form der Strangulation in Betracht, nämlich ein Erdrosseln von hinten.“ (zitiert nach: Henning Pietzsch, Matthias Domaschk 2.0, Suizid oder Mord in Stasi-Haft 81, S.103)

Warum besteht Peter Wensierski – quasi unisono mit den MfS-Offizieren – darauf, dass Matthias Domaschk sich selbst erhängt habe? Soll damit jede weitere Untersuchung dieses Falles überflüssig und unmöglich werden? Das werde ich nicht akzeptieren.

Renate Ellmenreich, 25. August 2023

**Zitat Bodo Ramelow:** Aus der Rede des Thüringer Ministerpräsidenten 2019 in Erfurt bei der Vorstellung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe „Matthias Domaschk 2.0“: „Wir näherten uns immer mehr ein Stück weit der Erkenntnis, dass der Verdacht, den sie immer wieder geäußert haben, liebe Frau Elemereich, dass es sich nicht um einen Selbstmord handelte, dass das einfach nicht nur ein Verdacht ist, sondern dass das stimmt. Und ich glaube, dass das, was heute vorgelegt wird auch dokumentiert, dass das nicht stimmen kann. Aber es bleibt dabei, der letzte Beweis ist uns nicht gelungen.“ <https://www.facebook.com/geschichtswerkstatt.jena/videos>, ab Minute 7:00

**Literatur:** Matthias Domaschk. Horch und Guck, Sonderheft I, Berlin 2003; Pietzsch, Henning: Matthias Domaschk 2.0. Suizid oder Mord in Stasi-Haft 81?,



Erfurt 2019, 144 Seiten, ISBN-13: 978-3946939719; Zeitschrift „Gerbergasse 18“. Sonderheft 2019 – Matthias Domaschk; Pietzsch, Henning: Matthias Domaschk – das abrupte Ende eines ungeliebten Lebens, in: Deutschland Archiv, erstveröffentlicht am 12.04.2021, Link: [www.bpb.de/330728](http://www.bpb.de/330728); Strembel, Tino: Matz aus Jena – Drei Tage und ein Leben, Neopubli GmbH 2021, 288 Seiten, ISBN-13: 978-3753177809; Wensierski, Peter: Jena-Paradies – Die letzte Reise des Matthias Domaschk, Ch. Links Verlag Berlin 2023, 368 Seiten, ISBN-13: 978-3962891862.

**Film:** Dokumentation von Tom Franke, armadafilms, und Henning Pietzsch: Matthias Domaschk 2.0, Unfall oder Mord in Stasi-Haft 81, 2018. <https://www.youtube.com/watch?v=E4jQadB2hew>

Dokumentation Geschichtswerkstatt Jena: „Tod von Matthias Domaschk“ 2019. Rede des Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, Bodo Ramelow, zur Vorstellung der Projektergebnisse der Arbeitsgruppe „Tod von Matthias Domaschk“ am 13. August 2019 in Erfurt. <https://www.facebook.com/geschichtswerkstatt.jena/videos/bodo-ramelow-%C3%BCber-die-arbeitsgruppe-tod-von-matthias-domaschk/793582167776820/>

**Weiterführende Links**

**Thüringer Archiv für Zeitgeschichte:** [https://www.thueraz.de/de/aktuelles/Einweihung\\_Gedenktafel/](https://www.thueraz.de/de/aktuelles/Einweihung_Gedenktafel/)

**Peter Wensierski:** [https://m.facebook.com/story.php?story\\_fbid=pfbid037Taa dp6qLyqNVC4NQdQoTuERSjmQkDcXbc RERtxE97eqB2xaFcNA8J1yXaxVYdael&id=100014186197936](https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=pfbid037Taa dp6qLyqNVC4NQdQoTuERSjmQkDcXbc RERtxE97eqB2xaFcNA8J1yXaxVYdael&id=100014186197936)

**Siegfried Reiprich:** Stasi: Mein Staat – meine Kontrolle. Video Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=zWGVkrmjipQ4&t=2025s> 🚫



# „Willkür“ – Bundesverfassungsgericht hebt Entscheidung des OLG Dresden in einer Rehabilitierungssache auf

Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sind selten erfolgreich. Die Erfolgsquote lag in den letzten zehn Jahren bei unter zwei Prozent. Das hat u. a. damit zu tun, dass die „Hüter der Verfassung“ eben nicht – wie viele meinen – eine Art Superrevisionsinstanz aller Fachgerichtsbarkeiten sind. Sie sind nicht dazu berufen, jeden Rechtsfehler zu korrigieren. Nun hat das BVerfG einen Beschluss des Rehabilitierungssenates des Oberlandesgerichts Dresden (OLG) aufgehoben, weil er gegen Art. 3 Abs. 1 GG in der Ausprägung des Willkürverbotes verstößt. Was steckt dahinter? Es geht mal wieder um die hier bereits viel besprochene Auslegung der sog. Vermutungsregelung aus § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG. Danach wird vermutet, dass die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand. Einige Rehabilitierungsgerichte legten diese Norm zu Anfang operferfeindlich aus. Beispielsweise reichte für das Landgericht Berlin eine einzelne Heimkarteikarte mit dem Vermerk „Schulbummelei und kleinere Diebstahlshandlungen“ aus, um reine Fürsorge als Einweisungsgrund zu erblicken, die die Vermutung entkräftete (vgl. Stacheldraht 1/21). Im hiesigen Fall stellte der Betroffene, der sowohl im Rehabilitierungsverfahren als auch bei der Verfassungsbeschwerde von der juristischen Beratungsstelle der UOKG unterstützt wurde, 2019 beim Landgericht Dresden (LG) wegen Einweisungen in ein Spezialkinderheim und einen Jugendwerkhof (beides per definitionem Spezialheime) einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung. Der Rehabilitierungsantrag wurde zurückgewiesen. Die Einweisungsverfügungen fehlten zwar, aber es wurden durch andere wenige vorhandene Unterlagen, beispielsweise ein späteres Strafurteil, „Fürsorgegründe“ gefunden um die Vermutung zu entkräften. Darin wurden Erziehungsschwierigkeiten und ungenügende Lernbereitschaft, die sogar in Schulbummelei ausartete, genannt. Gründe also, die sich in nahezu allen Heimeinweisungsbegründungen finden lassen. Gegen den Beschluss wurde Beschwerde eingelegt. Es wurde unter Bezugnahme einer Stellungnahme Dr. Chris-

tian Sachs, Experte auf dem Gebiet der Heimerziehung in der DDR, ausgeführt, dass Spezialheime nicht geeignet waren, Lernschwierigkeiten abzuwehren, da mit der Einweisung in ein Spezialheim zwangsläufig ein Bildungsabstieg verbunden war. Zudem könne mangels Unterlagen nicht ausgeschlossen werden, dass den Heimeinweisungen sachfremde Erwägungen zugrunde lagen. Das OLG schloss sich jedoch der Begründung des LG an und wies die Beschwerde in fünf Sätzen zurück. Dabei wurde auf die Argumentation in der Beschwerdeschrift mit keinem Wort eingegangen. Es wurde Anhörungsrüge erhoben und im April 2021 fristgerecht Verfassungsbeschwerde beim BVerfG eingereicht. Gerügt wurde die Verletzung des rechtlichen Gehörs, des Gleichheitssatzes und des Willkürverbotes sowie die Versagung effektiven Rechtsschutzes. Das BVerfG schrieb die anderen mit der Rehabilitierung nach dem StrRehaG befassten OLG an und ersuchte um Mitteilung und Erläuterungen dortiger Entscheidungen zur Widerlegung der Regelvermutung. Danach ergab sich ein klares Bild: Die anderen OLG hätten den Betroffenen rehabilitiert, denn die Regelvermutung könne nicht schon durch die Benennung gängiger, nach der Verordnungsgrundlage und der wissenschaftlich belegten Rechtspraxis erwartbarer Anordnungsgründe in der Einweisungsentscheidung widerlegt werden.

**Die pauschale beziehungsweise kursorische Nennung typischer Gründe wie „Schulbummelei“, Begehen von nicht erheblichen Straftaten, sich Herumtreiben oder rüpelhaftes Betragen ohne Begründungstiefe entkräfteten die Vermutung noch nicht.** Andernfalls liefere die Beweiserleichterung bei entsprechender Dokumentation im Ergebnis leer. Betroffene, deren Jugendhilfeakten mit möglicherweise die tatsächlichen Anordnungsgründe verschleiender Aktenlage noch vorhanden seien, würden dann entgegen dem gesetzlichen Anliegen schlechter gestellt als diejenigen, deren Akten nicht mehr aufgefunden werden könnten. Erforderlich sei daher die Feststellung konkreter, über eine Schwererziehbarkeit im vorbeschriebenen Sinne hinausgehender Umstände. Teilweise würden atypische Umstände, wie etwa erhebliche oder gemeingefährliche Straftaten oder fremd-

gefährdendes Verhalten des Betroffenen verlangt. Die 3. Kammer des 2. Senats des BVerfG führt zudem an, dass das OLG Dresden im Jahr 2022 von seiner eigenen damaligen Rechtsprechung in Hinblick auf die Anforderungen der Entkräftung der Vermutungsregelung Abstand genommen hat. Das BVerfG kommt in der Entscheidung zu dem Schluss, dass die Begründung des OLG Dresden in Hinblick auf die Entkräftung der Regelvermutung im verfassungsrechtlichen Sinne willkürlich sei. Hierbei wird jedoch klargestellt, dass unter dem Gesichtspunkt des Willkürverbotes ein verfassungsgerichtliches Eingreifen nur in seltenen Ausnahmefällen in Betracht komme und nicht schon dann, wenn die Rechtsanwendung Fehler enthalte. Allerdings würden auch der Rechtsprechung bei der Ausfüllung der ihr eingeräumten Ermessens- und Beurteilungsspielräume durch das Willkürverbot gewisse äußerste Grenzen gezogen. Diese seien unter anderem dann überschritten, wenn sich für die Auslegung und Anwendung einer einfachrechtlichen Norm sachlich zureichende, plausible Gründe nicht mehr finden ließen. Hinzukommen zu dem Rechtsanwendungsfehler müsse also, dass die fehlerhafte Rechtsanwendung bei verständiger Würdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken nicht mehr verständlich sei und sich daher der Schluss aufdränge, dass sie auf sachfremden Erwägungen beruhe. Es muss folglich ein krasser Rechtsanwendungsfehler vorliegen. Dies wurde hier angenommen: Die in der Gesetzesbegründung zum Ausdruck kommende Konzeption, die mit Blick auf den Stand der (rechts-)historischen Forschung und aufgrund der beträchtlichen Beweisschwierigkeiten der Antragsteller für die Unterbringung in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen regelmäßig sachfremde Zwecke annimmt, lasse es nicht zu, die Regelvermutung bereits dann als widerlegt anzusehen, wenn Anhaltspunkte auf die typischen Regeleinweisungsgründe hinwiesen. Da es für den Erfolg der Verfassungsbeschwerde auf etwaige weitere Grundrechtsverletzungen nicht ankommt, wurden diese nicht erörtert. Der Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats des BVerfG vom 31. Juli 2023 (Az.: BvR 1014/21) ist auf der Internetseite des BVerfG im Volltext veröffentlicht.

# Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser  
des Stacheldrahts,

ich freue mich, Ihnen ab jetzt regelmäßig an dieser Stelle von meiner Arbeit als Ombudsperson für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur im Bundestag zu berichten.

Immer wieder wurde mir in den letzten Monaten aus den Opferverbänden und von einzelnen Betroffenen die Frage gestellt: Frau Zupke, wann kommt endlich die von der Politik angekündigte Erhöhung der Opferrente?

Auch aus meiner Sicht ist diese Frage mehr als berechtigt. Die Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, die gestiegenen Energiekosten und Mieten, all das wirkt sich direkt auf die soziale Lage der breiten Mehrheit der ehemals politisch Verfolgten aus.

In den letzten Monaten habe ich in diversen Ausschüssen des Bundestages, wie dem Rechtsausschuss, dem Gesundheitsausschuss, dem Menschenrechtsausschuss, aber auch in den Arbeitsgruppen der Fraktionen und in vielen Einzelgesprächen über die Situation der SED-/SBZ-Opfer informiert und aufgezeigt, an welchen Stellen für die Politik dringender Handlungsbedarf besteht. Hierbei geht es nicht nur um die Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente. Es geht gleichzeitig u. a. um Themen wie die Ab-

schaffung der Bedürftigkeitsgrenzen, um die Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, die Verkürzung der Verfolgungszeiten bei den beruflich Verfolgten, eine angemessene Würdigung des Verfolgungsschicksals für die Gruppe der Zwangsausgesiedelten und die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds. All diese Punkte habe ich dem Bundestag auch in meinem Jahresbericht dargestellt.

In meinen Gesprächen mit den Abgeordneten erlebe ich viel Empathie für die Opfer. Immer wieder sind Abgeordnete überrascht, wie weit die Repression in der DDR reichte und wie tiefgreifend die Folgen für die Opfer sind.

Ich bin dankbar, dass das Parlament zum 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes nicht nur der Opfer des 17. Juni gedacht und an den jahrzehntelangen Widerstand in der DDR erinnert hat. Der Bundestag hat zum 17. Juni auch einen grundsätzlichen Beschluss zur besseren Unterstützung der Opfer gefasst. In seinem Beschluss würdigt der Bundestag nicht nur die jahrzehntelange Arbeit der Opferverbände. Der Bundestag sieht, wie wir, Handlungsbedarf, um die Lage der Opfer weiter zu verbessern. Und der Bundestag fordert die Bundesregierung ganz konkret auf, bei der jetzt anstehenden Überarbeitung der Reha-Gesetze die Impulse der SED-Opferbeauftragten zu berücksichtigen.

Diese Impulse sind insbesondere das, was ich mit Ihnen als Vertreter und Mitglieder der Opferverbände, aber auch mit den Landesbeauftragten und den Beratungsstellen in den zurückliegenden zwei Jahren erarbeiten durfte.

Die Richtung in der Politik stimmt. Aber das Tempo muss jetzt erhöht werden!

Wie Sie sehen, liegen spannende Monate vor uns. Insbesondere mit der Überarbeitung der Rehabilitierungsgesetze haben wir die Chance, die soziale Lage der Opfer wesentlich zu verbessern und gleichzeitig bestehende Gerechtigkeitslücken zu schließen.

Neben diesen konkreten Punkten, bei denen es in den nächsten Monaten um Gesetzesänderungen gehen wird, ist es mein Anliegen auch bei Themen, die die Politik schon vor Jahren für sich scheinbar abgeschlossen hat, wie bei den Renten der früheren DDR-Flüchtlinge, dafür zu sorgen, dass diese Themen endlich wieder auf die Tagesordnung der Bundespolitik kommen.

Überall das freue ich mich, Ihnen im Stacheldraht in den kommenden Ausgaben zu berichten.

Ihre Evelyn Zupke  
E-Mail: [sed-opferbeauftragte@bundestag.de](mailto:sed-opferbeauftragte@bundestag.de)  
Deutscher Bundestag – SED-Opferbeauftragte

## Hinweise der Redaktion

**Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise.** Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite.

**Digitaler „stacheldraht“:** Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

**Abonnenten** können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**Die UOKG im Internet:** <https://www.uokg.de/>

**Facebook:** [https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE)

**Wikipedia:** [https://de.wikipedia.org/wiki/Union\\_der\\_Opferverb%C3%A4nde\\_Kommunistischer\\_Gewaltherrschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft)

## Eine gesetzliche Regelung zur Entschädigung der Zwangsausgesiedelten ist dringend nötig

Dömitz, am 06. Juni 1952. Als die Dunkelheit einsetzt, startet ein Zug mit 228 völlig überrumpelten Menschen in eine total ungewisse Zukunft. Das Ziel ist unbekannt, viele fürchten, in Sibirien zu landen. Am Ende der Nacht bleibt er auf einem Güterbahnhof stehen. Hier in Güstrow. Die verängstigten Familien werden mit LKWs in die umliegenden Dörfer verteilt. Dort war vorher verbreitet worden, es kämen Schwerverbrecher von der Grenze. Unter den Deportierten waren sechs Gastwirtsfamilien, darunter auch: Losehands und Ebels. Ebels hatten sieben Kinder. Herr Ebel ging fast jeden Abend zu Losehands, setzte sich in einen Sessel, drehte die Daumen umeinander und sagte mehrmals in das Schweigen hinein zu seinem Freund: „Wilhelm, warum haben die uns das angetan?“ Weil der amtierende Thüringer Ministerpräsident Gebhardt seine etwa 4000 betroffenen Landeskinder als „Ungeziefer“ bezeichnet hatte, wurde diese Aktion unter diesem Namen bekannt.

Wir reden hier von über 11.000 Zwangsausgesiedelten, aber „nur“ 3% der Sperrzonenbewohner, die statistisch verteilt, im ganzen 5-km-Sperrgebiet wohnten. Ihre Wohnungen oder Häuser wurden nicht etwa abgerissen oder umfunktionierte, sondern anschließend wieder ganz normal bewohnt.

**Was viele auch nicht wissen: bei den Zwangsausiedlungen handelt es**

**sich um ein komplexes Geschehen:**

- unangekündigte Vertreibung durch bewaffnete Polizei binnen Stunden
- Strafanforderung bei illegaler Rückkehr
- Zwangsansiedlung im Hinterland in Elendsquartieren (laut SED-Akten waren in Sachsen/Anhalt auch Schweineställe darunter)
- ahrelange Bespitzelung, Restriktionen, Diskriminierung und Diskreditierung.

Doch kein einziger Zwangsausgesiedelter hat bisher eine Entschädigung bekommen für das ihm zugefügte, schwere Leid. Und das, obwohl Klaus Kinkel 1992 bereits erklärt hatte, dass es sich um „exzeptionelle (also herausragende) politische Verfolgung“ gehandelt habe.

Die Folge: Ehemalige Stützen des SED-Regimes trauen sich noch heute öffentlich zu sagen, Unschuldige habe es nicht betroffen. Zu sehen bei YOUTUBE in einer Doku des mdr: „Aktion Ungeziefer“ von 2021. Im Einigungsvertrag ist festgelegt, dass politisch Verfolgte zügig und angemessen zu entschädigen seien. Damit würdigt unsere Gesellschaft deren Schicksals, es hilft, das erlittene Trauma besser zu verarbeiten und – die Entschädigung soll ihnen die Würde wiedergeben. Ich möchte Ihnen nun demonstrieren, warum für diese Gruppe höchste Eile geboten ist. Im vorigen Jahr hat die UOKG in Magdeburg einen Kongress durchgeführt:

**Meine Bitte an Sie: mahnen Sie dieses Gesetz dringend an.**

Für den Herbst hatten wir ein Gesetz erwartet, das uns einen Rechtsanspruch auf eine angemessene Entschädigung garantiert. Der DBT hat am 17. Juni eine entsprechende Entschließung angenommen. Leider gibt es noch keinen Referentenentwurf. Egal, ob es in der Entschädigungsfrage für den Einzelnen eine biologische Lösung gibt oder eine, die im Einigungsvertrag vorgesehen ist: Die Betroffenen, in der Überzahl alteingesessene, einflussreiche Selbstständige, können stolz darauf sein, mit ihrer regimiekritischen Haltung zum segensreichen Untergang des SED-Regimes beigetragen zu haben.

**Dazu eine Begründung für eine Zwangsausiedlung aus Sachsen/Anhalt:** „XXX ist selbständiger Uhrmacher. Er ist ein großer Gegner der DDR, welches dadurch zum Ausdruck kommt, dass er laufend versucht, seine Kunden negativ zu beeinflussen. Als Geschäftsmann preist er den Kunden alles Westliche als vorzüglich, demgegenüber alle Erzeugnisse der DDR als minderwertig an. Hierbei versteht er es aber, sich meisterhaft zu tarnen“.

Inge Bennewitz: Vortrag in Güstrow am 23.09.23 auf dem Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen

## Lagergemeinschaft Workuta / Gulag / Sowjetunion

Am 18. August 2023 wurde in einem würdevollen Rahmen die Gedenktafel „Letzte Adresse“ für Wolfgang Waterstraat an seiner letzten Wohnadresse in der



Anke Giesen

Karl-Marx-Straße 196, Berlin-Neukölln angebracht. Zu dieser Gedenkveranstaltung war die einzige Tochter, Frau Görgen-Waterstraat mit ihrem Ehemann und den beiden Söhnen aus Frankfurt/M. angereist.

Sie hielt eine bewegende Rede über das Leben ihres Vaters, die sie endete mit den Worten: „Bereits 1990 wurde meine Mutter in der Gauck-Behörde gefragt, warum sie nach so vielen Jahren die Sache nicht lieber ruhen lassen will. **Warum finden Angehörige keine Ruhe?** Weil ein lieber Mensch verschwand und mit ihm seine Biografie, sein Name, die ganze Existenz. Eine große Lücke, ein Schmerz, der nie vergeht. Man will jede fehlende Sekunde nacherleben und irgendetwas noch für ihn tun können. Vor allem möch-

te man, dass er nicht vergessen wird. Irgendwo muss sein Name stehen. Auf einem Grabstein, einem Straßenschild oder an einer Hauswand. Und hier wird er gleich stehen und wir sind froh darüber.“

Noch in derselben Nacht wurde die Gedenktafel und die Gedenkkränze entwendet! Bei der Neuköllner Polizei wurde umgehend eine Strafanzeige gestellt. Am 19. September 2023 haben Anke Giesen, Mario Bandi und Nikolai Ivanow (MEMORIAL-Deutschland) eine neue Gedenktafel für Wolfgang Waterstraat – diesmal mit verstärkten Dübeln und Spezialkleber – angebracht. Die Polizei (Abschnitt 54 Sonnenallee / Ecke Erk-Straße) wurde über die erneute Anbringung informiert.

Stefan Krikowski

# Bericht über den Besuch des NKWD-Lagers Tost

Liebe Mitreisende, liebe Unterstützer, liebe Interessierte am NKWD-Lager Tost 1945, es ist mir ein Bedürfnis, mich bei allen Beteiligten zu bedanken, die zum Gelingen dieser Gedenkfahrt/-feier beigetragen haben, sei es durch Teilnahme, sei es die durch finanzielle Förderung, sei es durch Organisation und Ausgestaltung der Gedenkfeier – und damit meine ich insbesondere unsere Toster Freunde. Danke auch für die Geschenke, die emotionale Zuwendung und spontane Unterstützung unterwegs. Es tat und tut gut. Friedrich aus Hainichen hat mir dazu ein Bild gemalt.

Die Kriegsgräberfürsorge, mit der ich sofort nach 2011 Kontakt aufnahm, hat in 2012 am Rand der Kohlenberge Probergrabungen vorgenommen und vor allem Hausmüll zutage gefördert. Da das Gelände jedoch seit 1945 durch Müllablagerung um einige Meter angewachsen war, hätte tiefer gegraben werden müssen, um menschliche Gebeine zu finden.

Wir haben in Breslau Zwerge gesucht und gefunden, waren im Generalkonsulat eingeladen, haben das frühere Gefängnis von Tost – jetzt Psychiatrie – aufgesucht,



Foto: Christoph-Lucas Hütter

Dieter Dombrowski

le Gassen lavieren, ohne eine Hausecke mitzunehmen. Er hat gelassen den einen und anderen Fahrauftrag unterwegs auch noch erledigt.

Dass wir ein so großartige Reise erleben durften, und auch so viel Interessantes in Schlesien sehen und erfahren konnten, überdies hinaus die Gelegenheit hatten, dem deutschen Generalkonsul in Breslau das seit Jahren währende Problem der gestörten Totenruhe unserer Massengräbern erklären konnten, haben wir u.a. finanzieller Förderung zu verdanken von: dem Land Brandenburg, der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Sächsischen Staatsministerium des Inneren – Beauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler.

**Dorothea Matheja und ich haben uns schon mal lose auf einen nächsten Termin verständigt: Mai 2025 – 80 Jahre nach Einrichtung des NKWD-Lagers Tost.**

Sybille Krägel,  
I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

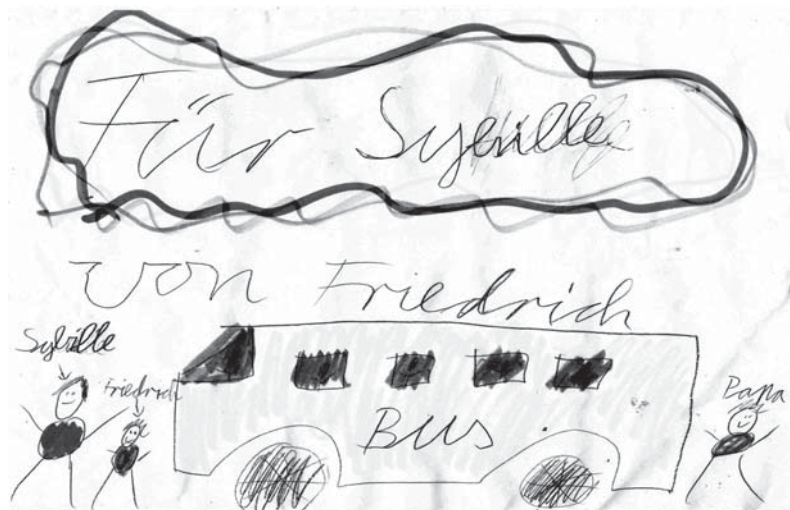


Bild von Friedrich aus Hainichen für Sybille Krägel

Kohlen konnte man übrigens im Gelände (hinter unserer Gedenkstätte) nicht mehr erspüren wie früher. Die Mauer um die Kohlenberge herum war jetzt begrünt, jedoch waren nunmehr hinter dem verschlossenen Gittertor jede Menge grüner Tanklaster zu sehen, die auf dem Weg zu unseren Massengräbern parkten. Bis 2011 konnten wir stets auf das Gelände gelangen und uns um eine damals noch grüne Wiese versammeln, worunter die Toten lagen. Jetzt hängt ein großes Firmenschild am Zaun: TERMINAL TOSZEK – wie „passend pietätlos“!!!

eine sehr würdevolle Gedenkfeier erlebt mit vielen Gästen und den Bläsern, die schon vor Jahren das Lied von dem Erzgebirger Anton Günther „s is Feierobnd“ einstudiert haben. In Tost sind 200 Erzgebirger inhaftiert gewesen.

Wir genossen ein ausgezeichnetes schlesisches Mittagessen, nahmen teil an dem feierlichen Gedenkgottesdienst, wir erfreuten uns an dem traumhaften Chor, den Karina Kupczyk leitet. Später als Überraschung gab es noch die letzte Aufführung auf der Burg des sehr fantastischen Theaterstückes ALBTRAUM mit der Leiterin Alexandra Kupczyk. Auf der Heimreise besuchten wir in Kreisau das imposante Schlossgelände der Familie von Molke und erfuhren von der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“. Das letzte Highlight war sicher auch die Friedenskirche in Schweidnitz.

Generalkonsul Martin Kremer hat anlässlich unseres Besuches in Breslau am 22.09.2023 erklärt, dass er sich um eine Lösung bemühen wird, denn die „Störung der Totenruhe ist der Rechtsbegriff für Leichen- und Grabschändung. (aus WIKIPEDIA). Das macht mir wieder Hoffnung. Ab 2012 wurden Kohlenberge aufgehäuft auf den Massengräbern, nachdem der Insolvenzverwalter der polnischen Firma ARMATURA das Areal an eine russische Firma HAWEX verkauft hatte, die wiederum vor einiger Zeit insolvent ging, und kürzlich ein zweiter Insolvenzverwalter tätig wurde.

Unser sehr kompetenter Fahrer, Maik Schneider, Weltmeister im Rückwärtsfahren (vorwärts kann ja jeder), hat uns gut hin- und zurück gebracht. Er konnte den großen Bus erfolgreich durch schma-



Foto: Christoph-Lucas Hütter

Schlossstreppe von Schloss KREISAU

## Verronnene Zeit – 2. Bundesfrauenkongress in Halle

Sie sehen hübsch aus, die Taschentücher mit Rosenaufdruck, die Stefanie Falkenberg vom Thüringer Archiv für Zeitgeschichte in ihrem Vortrag zeigt. Bis zu tausend pro Arbeitsschicht mussten die Gefangenen in Hohenleuben nähen. Wer unter dem Druck zusammenbrach, krank wurde, dem unterstellten die Aufseherinnen, sich drücken zu wollen. Stefanie Falkenberg blendet Aktenblätter ein: Eine 19jährige mit akuter Gastritis (Entzündung der Magenschleimhaut) wird trotz ihrer krankheitsbedingten Brechanfälle zwangsernährt, bei ihrer Entlassung wiegt sie nur noch 42 Kilo. Unter den Zuhörerinnen im Freylinghausen-Saal der Franckeschen Stiftungen Halle herrscht betroffenes Schweigen. Erstmal Kaffeepause – die braucht man auch, um das Gehörte zu verarbeiten. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich vom 6. – 8. Oktober zum 2. Bundesfrauenkongress mit dem Titel „Verronnene Zeit“ in Halle versammelt. Sie konnten sich bei den Publikumsgesprächen beteiligen, sich von Fotograf André Wagenzik porträtieren lassen oder in der neuen Datenbank der UOKG Tipps hinterlassen für Psychotherapie-Angebote oder Betroffenen-Gruppen.

Beim Zeitzeuginnen-Podium nach der Kaffeepause berichtet die Hohenleubenerin Kerstin Seifert, wie sie regelmäßig an der Nähmaschine zusammenbrach. Obwohl es streng verboten war, sei eines Tages eine Mitgefangene aufgesprungen und habe gerufen: „Merkt ihr denn nicht, dass sie nicht mehr kann? Warum tut denn keiner was?“ Als Kerstin Seifert vorne auf dem Podium weitererzählt, beginnt sie zu weinen: „Die wurde dann zusammengeprügelt, und ich weiß nicht, was aus ihr geworden ist. Das ist etwas, was ich immer noch mit mir herumtrage.“

Aus dem Publikum meldet sich Cornelia Schneider und fügt hinzu: „Wir haben die Schuhe genäht, wir haben Mokassins geflochten, uns sind die Hände bald abgefault. Und im Nachhinein hat sich rausgestellt, dass diese Schuhe, dass die Riemchen, die wir da aufgenäht haben, für Adidas waren.“ Sie habe ihren Kindern nie Adidas-Schuhe gekauft.

Objektive Forschung und subjektive Erlebnisse aufeinander treffen zu lassen, war Ziel des von UOKG-Mitarbeiterin Sandra Czech geplanten Programms, und das gelang vorbildlich an diesem Kongress-Wochenende. Die Eindrücke der Gefangenen Irmgard Sinner und der Bericht Brunhild Köhlers über die Widerstandsbewegung „Frauen für den Frieden“ ergänzten die Führung des Gedenkstättenpädagogen Niklas Poppe durch den „Roten Ochsen“. Poppe machte deutlich, wie sehr die SED-Führung auf Isolation und Verwirrung der Gefangenen setzte. Da wurden Untersuchungshäftlinge drei Stunden im geschlossenen Wagen herumgefahren, um dann in einem nur zwei Kilometer entfernten Gefängnis in ihre Einzelzelle gestoßen zu werden, das Ziel: vollständige Desorientierung. Wie solch perfide seelische und körperliche Folter Menschen dauerhaft schädigt, berichtete Tolou Maslahati von der Charité in Berlin: In ihrem Projekt werden Traumafolgeschäden systematisch erfasst, was wiederum wichtig ist, um vor Sozialgerichten oder bei Krankenkassen Entschädigung zu erwirken.

Wie ist angesichts zahlreicher Schilderungen brutaler Verhältnisse und Menschen verachtender Unterdrückung die Rückmeldung vieler Teilnehmerinnen zu verstehen, es sei ein „schöner Kongress“ gewesen? Ganz einfach: Vielen tat es gut, einander wiederzusehen. Kerstin Seifert hatte bereits vor dem ersten Bundesfrauenkongress Kontakt aufgenommen zu Konstanze Helber, der Gründerin des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur. Damals, vor zwei Jahren, war Seifert noch nicht in der Lage, über Ihr Leid öffentlich zu sprechen. Jetzt sagte sie auf dem Zeitzeuginnen-Podium: „Wir können allein nicht heilen, wir brauchen die Gemeinschaft.“ Und: „Nichts ist besser als Sprache, mit Sprache kann man den anderen erreichen.“



Konstanze Helber. © UOKG

So ähnlich formulierte es auch die Leipziger Professorin Heide Glaesmer. Sie sprach im letzten Vortrag über „Resilienz“: wer sich mit anderen zusamm tut, wer in Gedenkstätten oder vor Schulklassen von seinen Erlebnissen berichtet, der kann aus der Erniedrigung durch die Haftzeit oder Zersetzungsmaßnahmen neue persönliche Stärke gewinnen. Entsprechend war es eine zentrale Forderung der Abschlussresolution von Konstanze Helber, DDR-Geschichte zum festen Bestandteil in Schullehrplänen zu machen und SED-Unrecht im Jura-Studium zur Pflicht. Richter und Verwaltungsbeamte würden vor allem aus Unwissenheit Rehabilitierungs- oder Versorgungsansprüche von politischen Häftlingen abweisen, stellte der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski in seinem Abschluss-Statement fest. Er dankte speziell den Kindern und Enkeln, die Teilnehmerinnen zum Kongress begleitet hatten, ihnen könne vielleicht der nächste Kongress in zwei Jahren gewidmet sein. Die politische Unterstützung sei da, denn: „Wir können es nicht den Linken oder den Nichtwissenden überlassen, unsere Geschichten zu erzählen oder zu verschweigen“, so Dombrowski. „Es ist eben einfach nicht erledigt.“

Alle drei Kongresstage sind im Internet nachzuerleben auf dem Youtube-Kanal der UOKG:

<https://www.uokg.de/publikationen-der-uokg/entdeckt-empfohlen-2/>  
<https://www.youtube.com/@uokgnews/videos>

**Kontakt:** Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.: <https://www.verfolgteddrfrauen.de/themen/resolution-des-ersten-frauenkongresses/>



Podium (v.l.n.r.): Kerstin Seifert, Irmgard Sinner, Anne Hahn. © UOKG

## „Befreier“ wurde zum Unterdrücker der Demokratie

In Fünfeichen bei Neubrandenburg wurde am 23. September 2023 der Schließung des NKWD-Internierungslager vor 75 Jahren gedacht.

In Fünfeichen bei Neubrandenburg wurde am 23. September 2023 der Schließung des NKWD-Internierungslager vor 75 Jahren gedacht.

Der Ort hat eine doppelte Vergangenheit, an welchem während des Nationalsozialismus und der sowjetischen Besetzung Verbrechen an Menschen begangen wurden. Der Ort diente während des Zweiten Weltkriegs der Deutschen Wehrmacht ab

1939 als Kriegsgefangenenlager mit rund 120.000 Häftlingen. Rund 5.600 Gefangene kamen ums Leben, darunter etwa 5.200 Soldaten der Roten Armee. Nach Kriegsende übernahm die sowjetische Besatzungsmacht den Lagerkomplex. Sie errichtete hier zunächst für kurze Zeit ein Repatriierungslager zur Rückführung ehemaliger Zwangsarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Überlebender in ihre Heimatländer. Von 1945 bis 1948 sperrte

der Sowjet-Geheimdienst NKWD 15.000 Deutsche im sogenannten Speziallager Nr. 9 in Fünfeichen ein, wovon bis heute 4.900 bekannte Häftlinge starben. Die meisten wurden inzwischen rehabilitiert. In der DDR mussten die Überlebenden über ihr Schicksal in Fünfeichen schweigen und viele schwiegen bis zu ihrem Tod.

Als Ehrengast hielt der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck die Gedenkrede. Er sprach davon, dass der Ort „die Grausamkeit von zwei totalitären Systemen offenbart“. Die Veranstaltung erinnere ihn „an die Arroganz und Aggressivität der Diktaturen von einst“. Zugleich dürfe nicht vergessen werden, „dass wir Zeugen gegenwärtiger Arroganz und Brutalität sind, mit denen ein neuer Moskauer Imperialismus Menschen um Recht und Freiheit bringen will“.

Die Opfer der zweiten deutschen Diktatur verstehen sehr genau, was Bundespräsident Joachim Gauck damit sagen wollte. Anwesende ukrainische Kriegsflüchtlinge, die Unterstützung durch Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. erhalten, zeigten sich tief beeindruckt von der deutschen Gedenkkultur.



Befreier wurde zum Unterdrücker der Demokratie – Fünfeichen.

Foto und Text: André Rohloff

## TonFall – Der Brandenburg-Podcast zur Aufarbeitung

In loser Folge stellen wir in unserem Podcast „TonFall. Der Brandenburg-Podcast zur Aufarbeitung“ aktuelle Themen und Projekte vor. Wir sprechen mit Ratsuchenden und mit Zeitzeugen über ihre Lebens- und Schicksalsgeschichten. Neues aus Wissenschaft und Forschung beleuchten wir im Gespräch mit Expertinnen und Experten.

### Aktuelle Beiträge

Land im Aufruhr – Der 17. Juni 1953

Kindheit im Heim

Zwangsausgesiedelt – Das Jahr 1952

Erst der Mut, dann die Armut (Sozialstudie)

Internet: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/podcast/tf005/>

### Ansprechpartnerin

Stefanie Wahl – Referentin für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0331 23 72 92 – 16; Telefax: 0331 23 72 92 – 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

## Vor 50 Jahren

Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik und die DDR den Vereinten Nationen als 133. und 134. Mitglied offiziell bei. Vor allem für die DDR brachte der Beitritt einen enormen Prestigege-  
winn. Auch wenn Bonn die DDR weiterhin nicht als Staat anerkannte, verlor Ostberlin nun doch seinen Paria-Status im internationalen System.

Der UN-Generalsekretär Kurt Waldheim begrüßt die Außenminister der Bundesrepublik und der DDR in New York und verkündet: „Mit großer Freude gebe ich hiermit die Anweisung, die Flaggen der beiden UNO-Mitgliedsstaaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, aufzuziehen.“

Die UNO bestand zu diesem Zeitpunkt bereits seit 28 Jahren. Als Antwort auf die Katastrophe der Weltkriege hatten 51 Staaten am 24. Oktober 1945 die Vereinten Nationen als Nachfolger des Genfer Völkerbundes gegründet. Ihr Ziel laut dem ersten Artikel der UNO-Charta: „den Weltfrieden und die internationale Sicher-

heit zu wahren.“ Warum sollte es danach noch fast drei Jahrzehnte dauern, bis die BRD und die DDR als Mitglied Nr. 133 und 134 aufgenommen werden sollte?

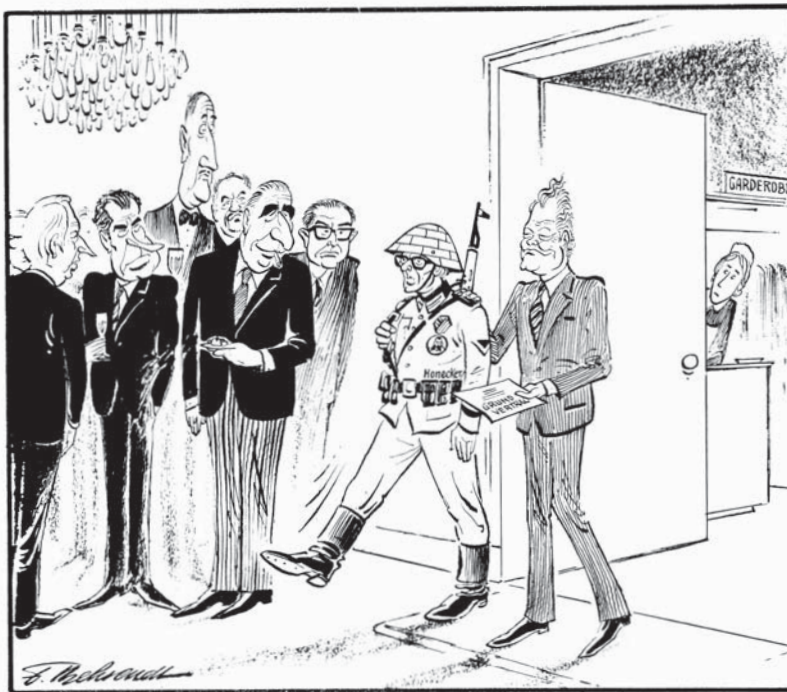
Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 07. Oktober 1949 waren zwei deutsche Staaten entstanden, die sich beide als der eigentliche legitime deutsche Staat verstanden. Auf der einen Seite definierte die Bundesrepublik Deutschland ihren Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland in der sogenannten Hallstein-Doktrin von 1955. Danach drohte allen Staaten, die die DDR anerkannten, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Auf der anderen Seite untersagten die Warschauer Pakt-Mitglieder ihrerseits 1967 allen befreundeten Staaten normalisierte Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, solange Bonn nicht die bestehenden Grenzen und die Existenz zweier deutscher Staaten anerkannte.

So blieben angesichts des Vetorechts der Verbündeten Westdeutschlands im UN-Sicherheitsrat – USA, Großbritannien und Frankreich – alle Bemühungen der DDR

um Aufnahme in die UNO bis Ende der 1960er-Jahre aussichtslos. Auf der anderen Seite blockierte die Sowjetunion die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen.

Erst die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt löste mit ihrer „neuen Ostpolitik“ die festgefahrenen Positionen des Kalten Kriegs. Anstelle der Nichtanerkennung und des Nichtdialogs setzte Tauwetter ein. Nach dem Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im August 1972, in dem sich beide Staaten zum Gewaltverzicht und zu einer Friedenspolitik verpflichteten, unterzeichneten die beiden deutschen Staaten im Dezember 1972 den „Grundlagenvertrag“. Dieser trat 1973 in Kraft; in ihm bekannten sich Bonn und Ost-Berlin u.a. zur friedlichen Koexistenz und den Grundsätzen der Vereinten Nationen.

Damit wurde der gleichzeitige Beitritt beider deutscher Staaten als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder – vor nunmehr 50 Jahren – am 18. September 1973 möglich. Die Bundesrepublik und die DDR traten den Vereinten Nationen als 133. und 134. Mitglied offiziell bei. Für Ulbricht und seinen Nachfolger besonders wichtig: Die Aufnahme in die UNO kam einer internationalen Anerkennung der DDR gleich. Willy Brandt erhoffte sich, wie Fritz Behrendt in seiner Karikatur andeutet, von diesem Schritt positive Folgen für die deutsch-deutsch Beziehungen und den prekären Frieden im Europa des Kalten Krieges: er führte Honecker in den Kreis der Westmächte ein – trotz der Tatsache, dass dieser weder seinen ideologischen Ballast noch sein brutales Grenzregime an der Garderobe „abgelegt hat“. Edward Heath, Richard Nixon und Georges Pompidou blickten teils amüsiert, teils befremdet auf den Ostdeutschen, der die Weltbühne im Stechschritt betritt.



Vor 50 Jahren: Das 133. und 134. Mitglied der UNO. BRD und DDR treten den Vereinten Nationen bei.

Fritz Behrendt, Salonfähig: „Mein Stiefbruder – vielleicht legt er später einmal ab“, FAZ 13. Dezember 1972

45 Jahre Kalter Krieg bedeutete 45 Jahre Systemwettbewerb. Liberale Demokratie oder Diktatur des Proletariats: Welches Regierungssystem würde sich als das bessere herausstellen? Welches Wirtschaftssystem als das erfolgreichere? Der große europäische Karikaturist Fritz Behrendt war als junger Mensch ein glühender Anhänger der Gleichheits- und Gerechtigkeitspostulate des Kommunismus. Im Laufe der Jahre wuchs jedoch seine Skepsis, ob es dem „real existierenden Sozialismus“ tatsächlich gelingt, die Ideale der „Großen Oktoberrevolution“ von 1917 zu verwirklichen und so die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu verringern.

Quellen: <https://hlz.hessen.de/themen/detailansicht/18-september-1973-50-jahrestag-der-aufnahme-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-deutschen-demokratischen-republik-in-die-un/>; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/50-jahre-vn-mitgliedschaft-2222978>

Dr. Ulrich Schnakenberg ist Karikaturforscher, Autor mehrerer Bücher zum Thema und Herausgeber eines (kostenlosen) politisch-historischen Karikatur-Newsletters <https://steadyhq.com/de/visual-history-geschichte-politik-und-karikatur/posts>

## Die Ukraine und Bertha von Suttner

Als Russland im März 2014 die ukrainische Halbinsel Krim besetzte, war ihm der Bruch des Völkerrechts durchaus bewusst. Noch im Mai bestritt Putin verschämt, dass russische Armeeinghörige überhaupt eingegriffen hätten, ehe er deren Einsatz im Juni mit der Begründung der Euromaidan-Ereignisse und den angeblich vom Westen geförderten Umsturz militanter Ultranationalisten jedoch zugab. Kurze Zeit später erzwang Russland die Annexion der Halbinsel. Zur Rechtfertigung der Intervention behauptete Putin weiter, dass er „Erklärungen aus Kiew über einen baldigen NATO-Beitritt der Ukraine gehört habe“. Er verschwieg, dass diese Erklärungen ukrainischer Politiker erst abgegeben worden waren, nachdem russische Truppen die Krim besetzt hatten.

Der eklatante Bruch völkerrechtlicher Verträge wie dem Budapester Memorandum über die Souveränität der Ukraine, der Charta von Paris und der NATO-Russland-Grundakte, führte zu einer abrupten Ernüchterung westlicher Politik. Der 2008 verlängerte russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag, der die territoriale Integrität der Ukraine garantierte, wurde ebenso missachtet, wie die Resolution 68/262 der UN-Generalversammlung, die im März 2014 die territoriale Integrität der Ukraine festhielt und eine friedliche Beilegung des Konflikts forderte. Putins Ziel ist jedoch grundsätzlich. Er bedauert den Untergang der Sowjetunion als „größte Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“. Damit meint er nicht die sowjetische Ideologie des Kommunismus, sondern den Zerfall der imperialen sowjetischen Großmacht. Putin wähnt sich in der Tradition des russischen Zaren Peter des Großen, der Russland zu imperialer Größe führte.

Wie jener Zar so will auch Putin Russland zu neuer imperialer Größe als Atommacht führen. Zu diesem Zweck ließ er auch die letzten Rudimente demokratisch anmutender Institutionen wie eine unabhängige Justiz oder die Pressefreiheit fallen. Er ist heute der unumstrittene Alleinherrscher in Russland, dem niemand zu widersprechen wagt. Die Opposition ist ausgelöscht, befindet sich in Gefängnissen oder wurde liquidiert. Folgerichtig fordert Putin nun die Auslöschung der Ukraine und ihre vollständige Annexion. Zur Rechtfertigung

seines imperialistischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit dem Frühjahr 2014, eskaliert am 24. Februar 2022, behauptete er, die Ukraine sei von Nazis beherrscht und stelle eine Bedrohung für Russland dar. Mit dieser Lüge verbreiten seine Trollfabriken unauhörlich Hass und endlose Verschwörungsnarrative als Teil der hybriden Kriegführung. Dabei ist Putin der klassische Protofaschist, ein vom internationalen Gerichtshof in Den Haag mit Haftbefehl gesuchter Kriegsverbrecher, der u.a. mit dem Einsatz von Atomwaffen droht um Angst im Westen zu verbreiten und dessen militärische Hilfe zu lähmen. Die Ukraine, Deutschland oder Europa können sich weder mit Verhandlungen noch sonstigen diplomatischen Initiativen die einer Kapitulation gleich kämen vor Putin retten. Mit seinem Überfall hat Putin die „Büchse der Pandora“ geöffnet. Der nächste Krieg auf Nato-Territorium scheint bereits angekündigt, etwa gegen Moldau, Transnistrien oder das Baltikum.

An dieser Stelle kommen deutsche Protagonisten der sogenannten „Friedensbewegung“ ins Spiel. Renommierte Wissenschaftler wie der Berliner Politologe Herfried Münkler verurteilen den von der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und der Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht initiierten Friedensaufruf als „gewissenloses Manifest“. Schwarzer, Wagenknecht und die Unterzeichnenden des Aufrufs, der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Stopp der „Eskalation der Waffenlieferungen“ an die Ukraine und eine „starke Allianz für Friedensverhandlungen“ forderte, „betreiben mit kenntnislosem Dahergehede Putins Geschäft“. Münkler wirft Schwarzer und Wagenknecht vor, mit ihrem „Manifest für Frieden“ die gesamte Idee des Pazifismus und das Grundanliegen der Friedensbewegung zu desavouieren. „Wer das Wort Frieden nicht bloß für eine beliebige Wunsch-dir-was-Vokabel hält, muss dem mit Entschiedenheit entgegengetreten.“

Die Idee des Pazifismus, wie sie seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts in internationale Vertragssysteme überführt worden sei, beruht auf dem Verbot des Angriffskriegs. Die Verteidigung gegen einen Aggressor bleibt selbstverständlich zulässig. Das Manifest aber nivelliert fortgesetzt die Kategorien von Angriff und Verteidigung. Pazifismus ist dann nichts


anderes als Unterwerfungsbereitschaft!. Das sei er aber nie gewesen. „Was wir in diesem Papier vorgeführt bekommen, ist das Ende einer politisch ernstzunehmenden Friedensbewegung“.

Das führt uns zu Bertha von Suttners Roman „Die Waffen nieder“ von 1889, das zum wichtigsten Werk der Antikriegsliteratur wurde, bis dann 1929 „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque erschien. Während von Suttner bedauernd postuliert: „dass Blut immer wieder nur mit Blut ausgewaschen werden soll“ und deshalb „die Waffen nieder“ fordert, von unkundigen Apologeten heute ohne jeden Kontext wiederholt, geht an der Realität des militärischen Überfalls auf einen souveränen Staat meilenweit vorbei. So lange die ukrainische Zivilbevölkerung tagtäglich mit Bomben und Granaten terrorisiert wird, Massaker und andere Kriegsverbrechen verübt werden, hat die Ukraine jedes Recht der Welt sich selbst zu verteidigen. Hat Europa das Recht und die Pflicht, diesem in Not geratenen Volk in jeder Hinsicht, humanitär und vor allem militärisch nachhaltig zu helfen. Putin legt die Waffen nicht nieder. Er hat auch kein Interesse an Verhandlungen, an Frieden, außer an einem Diktatfrieden. Er will seine imperiale Vision mit allen Mitteln realisieren.

Was aber würde passieren, wenn die Ukraine die Waffen niederlegte? Dann würde die Ukraine, deren staatliche Souveränität und Legitimität Putin per se bestreitet, aufhören zu existieren. Danach könnten die Menschen eben nicht mehr „in Ruhe“ leben, wie mancher Friedensfreund in Unkenntnis der Folgen der Unterdrückung eines ganzen Volkes meint, sondern als rechtlose Parias in Unfreiheit. Ihre nationale Identität wäre ausgelöscht.

**Si vis pacem para bellum – Wer den Frieden will, muss den Krieg denken.**

Wolfgang Welsch

**Literaturhinweis:** Henning Pietzsch: Die Fronterfahrungen der deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg und ihre Ideologisierung zum „Fronterlebnis“ in den zwanziger Jahren. Agentur diplom.de, Taschenbuch 1998, 126 Seiten, ISBN-13: 978-3838615974 

## Neuwahl des Vereinsvorstands der Geschichtswerkstatt Jena



Auf unserer jährlichen Mitgliederversammlung stand auch die Neuwahl des Vereinsvorstands an, dieser besteht aus (v.l.n.r): Stefan Walter, Torsten Eckold (stellv. Vorsitzender/Schatzmeister), Daniel Börner und Dr. Henning Pietzsch (Vorsitzender). Wir freuen uns auf die nächsten Jahre Vereinsarbeit und alle anstehenden Projekte der Geschichtswerkstatt Jena. Foto: Katrin Köbel.

<https://www.geschichtswerkstatt-jena.de/>  
<https://www.facebook.com/geschichtswerkstatt.jena>  
[https://www.instagram.com/geschichtswerkstatt\\_jena/](https://www.instagram.com/geschichtswerkstatt_jena/)

## Welche Erinnerungskultur wollen wir?

Niemand denkt gern an den Tod. Je jünger wir uns fühlen, desto weniger denken wir daran und drängen diese Gedanken beiseite. Doch das Schicksal ist unberechenbar. Auch wer kein Vermögen hinterlassen wird, sollte an die Regelung seines Erbes denken. Ein Testament ist die einzige Möglichkeit, seinen Besitz so zu verteilen, wie es den eigenen Vorstellungen entspricht. Viele unserer Kameradinnen und Kameraden die unter der SBZ-, DDR-Diktatur gelitten haben, haben viel zu erzählen, habe Artefakte und ähnliches in ihrem Besitz, die für die eigene Familie und für Museen interessant sind. Denken Sie bitte schon heute daran ihren Nachlass zu regeln bzw. die Übergabe zu organisieren.

André Rohloff (VOS e.V., M-V)

## Bundesverdienstkreuz am Bande für Dieter Dombrowski

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, hat am 14.

September 2023 im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Bundesverdienstorden an fünf Persönlichkeiten überreicht, die sich in oder um das Land Brandenburg besonders verdient gemacht haben.

Dieter Dombrowski ist Vorsitzender des Vereins Menschenrechtzentrum Cottbus e. V. und Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) und hat für seine Verdienste das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. 1974 in der DDR wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, saß er u.a. 16 Monate im Stasi-Gefängnis Cottbus. Anschließend reiste er nach West-Berlin aus und engagierte sich

fortan für Menschenrechte. Nach dem Fall der Mauer zog er nach Rathenow, wurde Landrat und war 1999 bis 2019 Landtagsabgeordneter. 2007 gründete Dieter Dombrowski mit Mitstreitern den Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., um aus dem ehemaligen Zuchthaus Cottbus einen Ort der Demokratie und Aufarbeitung zu schaffen. Seit 2015 ist er zudem Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, des Dachverbandes von 40 Initiativen für Opfer der SED-Diktatur. Er wirkt in Gremien von Gedenkstätten mit und hilft ferner bei der Integration von Geflüchteten

Internet: <https://www.uokg.de/2023/09/bundesverdienstkreuz-am-bande-fuer-dieter-dombrowski/>



Links Dieter Dombrowski, rechts Ministerpräsident Dietmar Woidke. © Staatskanzlei Brandenburg

## Jahresabschlussveranstaltung VOS Chemnitz

Wir laden ganz herzlich ein zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am Samstag, dem 25. November 2023. Beginn ist um 10 Uhr in die Ratsstube am Johannisplatz 1 in 09111 Chemnitz (Einlass ist ab 09.30 Uhr).

Das Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes von 1953 war dank der Stadt Chemnitz und des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. eine würdige und sehr erfolgreiche Veranstaltung. Auf das Jahr 2023 Rückblick nehmend freuen wir uns auf ein Wiedersehen!

**Teilnahmebestätigung erbeten an:** VOS, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz  
 Telefon: 017676757551 oder per Email: [VOS.Chemnitz@web.de](mailto:VOS.Chemnitz@web.de)

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

## Scheidender Vizepräsident Christian Knauer mit „Pro Meritis Plakette“ ausgezeichnet

Bei der diesjährigen BdV-Bundesversammlung in Berlin wurde vor kurzem Altlandrat Christian Knauer für seine Verdienste im Verband mit der „Pro Meritis Plakette“ ausgezeichnet. Sie gilt als höchste Auszeichnung für BdV-Funktionsträger und wurde bislang erst zweimal verliehen. Knauer hatte nach 17-jähriger Zugehörigkeit zum BdV-Präsidium, davon 15 Jahre als Vizepräsident, auf eine erneute Kandidatur verzichtet. „Alles hat seine Zeit und ich will das Zepter weiterreichen, solange ich das Gefühl habe, dass dieser Schritt allgemein bedauert wird“, meinte er augenzwinkernd zu den Delegierten. Als seinen Nachfolger schlug

er erfolgreich den Landesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern, Steffen Hörntler, vor.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius würdigte seinen langjährigen Stellvertreter in sehr persönlichen Worten. Über 30 Jahre lang habe er dem Bund der Vertriebenen treu gedient und dabei stets zum Wohle des Verbands, sein fundiertes Wissen, sein diplomatisches Geschick und viel Herzblut eingebracht. Seine Wortbeiträge und Ideen, Anregungen und Initiativen seien im Präsidium und im Verband geschätzt gewesen. Knauer habe immer den nötigen Mut gehabt, auch unbequeme Fragen zu stellen – und wenn er selbst gefragt wurde, auch unbequeme Antworten zu geben, wenn dies notwendig war. Ausgezeichnet habe den früheren Landrat zu jederzeit „seine zutiefst demokratische Einstellung, sein Vermögen verbandsintern nach Mehrheiten zu suchen, diese zu organisieren, dabei Konsens zu finden, Abstimmungen zu akzeptieren und neue Handlungsmöglichkeiten darzulegen.“

Mit stehendem Applaus quittierten die BdV-Delegierten die Feststellung des BdV-Präsidenten, dass sein scheidender Vize die zahlreichen Ehrenämter im Vertriebenenbereich mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit die längste Zeit neben seinem politischen Mandat im Bayerischen Land-

Arbeit gewürdigt: BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius zeichnet Altlandrat Christian Knauer mit der höchsten Auszeichnung seines Verbandes aus.



## Workuta: Biografien deutscher Gulag-Häftlinge

Alle auf dem unten genannten Workuta-Portal namentlich genannten Personen wurden zwischen 1945 und 1953 in der SBZ/DDR verhaftet, von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) meistens zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und nach Workuta, einem im hohen Norden Russlands gelegenen Lagerkomplex, deportiert. Ihnen allen ist dieses Portal gewidmet, das sich nach Workuta benennt, dem Gulag, in dem sie – zu Unrecht – viele Jahre ihres Lebens Zwangsarbeit leisten mussten. Darüber hinaus steht der Name Workuta hier auch stellvertretend für die vielen anderen Lager (z.B. Inta, Taischet oder Potma), die zum Gulag-Universum gehörten und der für etliche Zeitzeugen des Workuta-Portals zu einem Ort schrecklicher Erinnerungen wurde.

### Internet:

<https://www.workuta.de/biografien-startseite/index.html>

Die Website vertritt die Interessen der Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion und will die Erinnerung an deren Leid bewahren. Die Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion ist Mitglied im Dachverband der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ([www.UOKG.de](http://www.UOKG.de)).

## Gisela Strauß zum 95. Geburtstag

Am 07. Oktober 2023 beging Gisela Strauß ihren Geburtstag. Frau Strauß wurde 1945 als 16-jährige Zivilistin nach Sibirien zur Zwangsarbeit deportiert und kam 'bereits' 1947 – an Typhus erkrankt – zurück, wobei 'zurück' nicht das richtige Wort ist. Ihr Elternhaus war inzwischen polnisch.



Theodor Mittrup und Gisela Strauß

Theodor Mittrup von der UOKG besuchte sie anlässlich ihres 95. Geburtstages in Dahme/Mark im Altenheim und überbrachte herzliche Glückwünsche. Sie lässt ihrerseits schöne Grüße an alle Mitstreiter der UOKG sowie die Leser des Stacheldrahtes ausrichten.

tag und dem sich daran anschließenden Amt des Landrats ausgeübt hat. Dies war sowohl Ausdruck „seiner nicht verhandelbaren Verbundenheit mit dem BdV als auch Nachweis seiner Energie und Belastbarkeit“.

Stefanie Sander-Sawatzki

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

Cornelia Kurtz  
(Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: [kurtz@uokg.de](mailto:kurtz@uokg.de)

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.  
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: [kuhn@uokg.de](mailto:kuhn@uokg.de)

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Mo, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: [germer@uokg.de](mailto:germer@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

# Eine wichtige Stimme des Anti-Doping-Kampfs ist verstummt

Nachruf auf den Thüringer Sportpädagogen Henner Misersky

Er gehörte viele Jahre zu den wichtigen Protagonisten und Mahnern im Anti-Doping-Kampf in Deutschland. Und er war neben den Aufklärern Werner Franke und Gerhard Treutlein aus Heidelberg/Baden-Württemberg die wichtigste Stimme in Ostdeutschland. Der ehemalige Hochschulsportlehrer, Leichtathlet und Trainer sowie couragierte Kämpfer gegen Betrug im Sport, Henner Misersky, aus Stützerbach in Thüringen verstarb am 11. August 2023 an den Folgen einer schweren Krebserkrankung. Er wurde 82 Jahre alt. Geboren in Jena, studierte er an der Friedrich-Schiller-Universität seiner Heimatstadt in den 1960er-Jahren Sportwissenschaften. Dem 3000-m-Hindernisläufer beim DDR-Sportclub Motor Jena gelang es, 1965 über diese Distanz mit einer Zeit von 8:38,6 Minuten die gesamtdeutsche Jahresbestzeit aufzustellen. Wegen zahlreicher Kontakte zu westdeutschen Sportkameraden wurden Misersky bereits nach dem Bau der Mauer 1961 von der DDR-Sportführung Starts in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland verwehrt. Eine wissenschaftliche Karriere wurde dem Diplomsportlehrer ebenso versagt.

Mit seiner Frau Ilse (geborene Schöne-mann), einst DDR-Meisterin über 800 Meter, gründete er eine Familie. Die Töchter Heike und Antje kamen auf die Welt. 1969 bekam er eine Stelle als Hochschulsportlehrer in Ilmenau, wo er sich in den Folgejahren aufgrund seiner trainingsmethodischen Fähigkeiten einen Namen als Ausdauer-Experte machte. Von seinem Wissen wollte in den 80er-Jahren auch der DDR-Sportclub Motor Zella-Mehlis profitieren, der Misersky als Nachwuchstrainer im Skilanglaufbereich engagierte. Doch 1985 wurde er wegen seiner strikten Weigerung, Dopingmittel bei seiner

Mädchen-Trainingsgruppe einzusetzen (darunter war auch seine Tochter Antje) vom DDR-Vize-Sportchef Thomas Köhler entlassen. Auch Miserskys Trainerkollege Helmut Rothämel hatte die Vergabe des anabolen Steroids Oral-Turinabol an die jungen Kadersportlerinnen abgelehnt. Aus dieser gemeinsamen Trainingsgruppe gingen später fünf Olympia-Teilnehmerinnen hervor. Antje Misersky, die bereits im Alter von 17 Jahren bei der nordischen Ski-Weltmeisterschaft 1985 in Seefeld/Österreich mit der DDR-Staffel Bronze gewonnen hatte, hörte mit dem Leistungssport zunächst auf. 1989 startete sie beim Armeesportklub Oberhof ein Comeback in der damals noch jungen Disziplin Frauen-Biathlon. Nach dem Mauerfall 1989 und der wiedererlangten Freiheit gab es ein beeindruckendes Happy End: Tochter Antje wurde 1992 in Albertville bei den ersten Winterspielen nach der deutschen Wiedervereinigung, Biathlon-Olympiasiegerin im 15-Kilometer-Wettbewerb. Vater Henner wurde in den Folgejahren insgesamt sechs Mal Senioren-Weltmeister im Skilanglauf und holte zudem 34 Deutsche Seniorenmeister-Titel.

Bereits 1990 engagierte sich Henner Misersky als einer der ersten bei der Aufarbeitung des doping- und stasibelasteten DDR-Spitzensports. 1991 trat er in Mainz als Zeuge im Prozess gegen den DDR-Dopingtrainer Kurt Hinze vom Armeesportklub Oberhof auf und kritisierte die Übernahme von hoch belasteten DDR-Trainern und -Funktionären in den Deutschen Skiverband. Im Februar 1992 wurde Misersky einer breiten Öffentlichkeit im wiedervereinigten Deutschland bekannt, als er nach dem Olympiasieg von Tochter Antje im ARD-Fernsehen die Funktionäre des Deutschen Skiverbandes heftig kritisierte, für deren Täterfreundlichkeit nach der Wiedervereinigung.

In den Folgemonaten erhielt er dann sogar anonyme Morddrohungen per Post. Doch dies konnte ihn nicht stoppen. Immer wieder machte er auch auf belastete SED- und Stasi-Personalien im Thüringer Landessportbund aufmerksam. Misersky, der nach dem Mauerfall vom Land Thüringen rehabilitiert wurde, arbeitete in den 1990er Jahren zunächst als Lehrer und Trainer am Sportgymnasium Ober-

hof. Nach einigen Jahren wechselte er bis zu seiner Pensionierung als Sportlehrer an ein Gymnasium in Ilmenau. Aus der im Sommer 2004 gegründeten Stasi-Aufarbeitungs-Kommission des Thüringer Landessportbundes ist er im Herbst 2005 ausgetreten, da diese stagnierte und kaum Ergebnisse vorlegte.

Zur Jahrtausendwende gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Doping-Opfer-Hilfevereins und wirkte bis zu seinem Austritt im Mai 2018, wegen des Vertrauensverlustes zur damaligen Vorsitzenden Ines Geipel, als Experte im Beirat für Ethik. Eine mehrjährige juristische Auseinandersetzung zwischen der einstigen DDR-Leichtathletin Geipel und Misersky, der Widersprüche in Geipels Opfer-Biografie thematisierte, gewann Misersky im Herbst 2021 vor dem Kammergericht Berlin vollständig.

Für seine couragierte Haltung gegen das Staatsdoping in der DDR und dafür, dass er als Trainer in der DDR trotz persönlicher Nachteile seine Athletinnen vor Doping schützte und sich stets für einen dopingfreien Sport einsetzte, wurde er 2009 mit der Heidi-Krieger-Medaille ausgezeichnet. Im Mai 2012 wurde Henner Misersky gemeinsam mit Tochter Antje von der „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ in die Hall of Fame des deutschen Sports aufgenommen, in der neu geschaffenen Kategorie „Besondere Biografie im Kampf gegen Doping“. Bis zum Lebensende engagierte er sich aktiv auch im und für den Breitensport, ganzjährig im Sportverein der Technischen Universität in Ilmenau, zusätzlich im Winter als Wachstechniker bei Volksskiläufen und im Sommer unter anderem als Mitorganisator beim Kickelhahn-Berglauf. Auch beim legendären Rennsteiglauf war er als Athlet und Betreuer oft vor Ort. Viele Leistungs- und Breitensportler baten ihn immer wieder um Rat. Seine Kompetenz und Hilfsbereitschaft wurde von vielen Menschen sehr geschätzt. Ein kritischer Begleiter des zunehmend kommerzialisierten Spitzensports, aber auch der in Teilen katastrophalen Zustände im Schulsport und äußerst kenntnisreicher Zeitzeuge der deutsch-deutschen Sportgeschichte ist nun für immer verstummt.

Thomas Purschke

## Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

# Verlorene Zeit – Gegen das Schweigen

In Thüringen entsteht gerade ein Dokumentarfilm über drei Orte der Repression während der SED-Diktatur: Jugendhaus (JH) Hohenleuben, Durchgangsheim Schmiedefeld und die geschlossene Venerologische Station Gera zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten.

## Hohenleuben

Das JH Hohenleuben entwickelte sich in den 1980er Jahren für weibliche Jugendliche zum Einweisungsschwerpunkt politischer Strafgefangener. Dabei bildete Zwangsarbeit in der Produktion eine zentrale Säule im DDR-Jugendstrafvollzug. Die Ausbeutung der Gefangenen wurde im Zweifelsfall bei Normuntererfüllung oder Arbeitsverweigerung mit scharfen Sanktionen, Arreststrafen bis hin zu körperlicher Gewalt durchgesetzt.

## Schmiedefeld

Im Durchgangsheim Schmiedefeld waren zwischen 1974 und 1987 ca. 709 Jungen und 773 Mädchen untergebracht. Sie erlebten in diesem gefängnisähnlichen Heim teilweise zwischen einem Tag und mehreren Monaten Abgeschlossenheit, Ungewissheit sowie physische und psychische Gewalt. Der überwiegende Teil der Kinder ging aus Schmiedefeld „auf Transport“ in Spezial-Kinderheime oder Jugendwerkhöfe.

## Venerologische Station Gera

April 1962 wurde die geschlossene Venerologische Station mit 11 Betten an der Hautklinik des Bezirkskrankenhauses Gera eröffnet. In die geschlossenen Venerologischen Stationen der DDR wurden Mädchen und Frauen zwangseingewiesen, wenn Verdacht auf eine Geschlechtskrankheit vorlag, was in den allermeisten Fällen unbegründet war. Die Stationen waren ein staatliches Instrument zur Absicherung der SED-Diktatur und der Erziehung der Eingewiesenen zur Sozialistischen Persönlichkeit. Die gynäkologischen Untersuchungen waren mit körperlichen Schmerzen und psychischer Erniedrigung verbunden.

## Produzenten


Der Jenaer Filmemacher Torsten Eckold (stellv. Vorsitzender der Geschichtswerkstatt Jena) und Stefanie Falkenberg (Thüringer Archiv für Zeitgeschichte) vom Thüringer DENKOrte-Projekt (<https://denkorte.de/>) gehen gemeinsam mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf Spurensuche an die Orte ihrer Kindheit und Jugend in der DDR. Besondere Beachtung finden ihre persönlichen Erfahrungen mit der staatlichen Willkür und Repression sowie die individuellen Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten und Lebensumstände. Mittels wissenschaftlicher und

psychologischer Begleitung werden die Erfahrungen der Protagonisten unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes historisch eingeordnet.

Leider haben einige institutionelle Projektpartner ihre ursprünglich zugesicherte finanzielle Zuwendung absagen müssen. Dadurch ist die finanzielle Absicherung zur Umsetzung des Projektes in „Schiefelage“ geraten. Wir bitten daher Interessierte und mögliche Unterstützer dieser Themen um Spenden an für das Projekt. Auf Wunsch wird ihr Name im Abspann genannt. Die Fertigstellung des Films hat vor allem sehr hohe Priorität für die beteiligten Zeitzeugen. Bei Kenntnis der Spender erfolgt eine Einladung zum Termin der Filmpremiere.

Unterstützt wird das Filmprojekt aktuell durch die kulturelle Filmförderung Thüringen, die Geschichtswerkstatt Jena e.V. und wenige privat organisierte Spenden.

## Projekt/Spendenkonto

Torsten Eckold  
 Bank: Sparkasse Jena-Saale-Holzland  
 BIC/SWIFT: HELADEF1JEN  
 IBAN: DE45 8305 3030 0001 3437 34  
 Verwendungszweck: Projekt Verlorene Zeit – Gegen das Schweigen  
 Kontakt: [t.eckold@geschichtswerkstatt-jena.de](mailto:t.eckold@geschichtswerkstatt-jena.de) 

# Nachruf auf Dieter Drescher


Unter den vielen Akademikern, die Gefangene im DDR-Zuchthaus Cottbus waren, wurde einer durch seine große Hilfsbereitschaft bekannt und damit prominent. Vielfach war er bei Konflikten Vermittler zwischen seinen Haftkameraden und den Schließern. Sozusagen war er im Knast der geborene Diplomat, im zivilen Leben Werbefachmann. Und als solcher war Dieter auch Soziologe. Wie viele andere politische Gefangene war er wegen eines durch Verrat misslungenen Fluchtversuchs in Haft. So mancher Haftkamerad profitierte von Dieter Dreschers umfassender Bildung und vor allem von seinem psychologischen Einfühlungsvermögen. Näher beschrieben ist dies in seinem Buch „Eisige Zone“, das kürzlich im Mai diesen Jahres vorgestellt wurde. So muss man es als glücklichen Umstand werten, dass er das Erscheinen seines Buches noch erle-

ben konnte. Zur öffentlichen Präsentation im Berliner Stasimuseum konnte er schon nicht mehr dabei sein, da die Krankheit dies unmöglich machte. Dieter wurde 82 Jahre alt. Im September 2023 ist er gestorben. Wieder haben wir einen unserer Besten verloren.

Bernd Lippmann, 1975 zeitweise mit Dieter Drescher auf Zelle

.....  
*Dieter Drescher: Eisige Zone. Meine seltsame Karriere als „extremer“ Staatsfeind, OEZ Berlin-Verlag, 1. Auflage 2023, 608 Seiten, ISBN-13: 978-3899983999*  
 .....

„Eine abenteuerliche Reise zwischen Ost und West Als der Autor, bis dahin unbescholtener DDR-Bürger, im Juni 1974

zusammen mit seiner Frau wegen Vorbereitungen zur Flucht in den Westen festgenommen wird, ahnt er noch nicht, dass er sich innerhalb weniger Monate in einen „extremen Staatsfeind“ verwandeln würde. Jedenfalls in den Augen des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit. Der von Paranoia getriebene Geheimdienst konstruiert aus dem einfachen Versuch, das Land zu verlassen, ein schweres Verbrechen. Die Strafen sind drastisch; die beiden minderjährigen Kinder werden in ein Kinderheim entführt, ihnen droht Zwangsadoption. Wie es zum Entschluss gekommen ist, in den anderen Teil Deutschlands zu wechseln, wie das Ehepaar die Haft übersteht und schließlich die Kinder zurückholt, schildert dieses Buch voller unterhaltsamer und spannender Geschichten – vom Kriegsende über das Leben in der DDR inklusive langjähriger Haft bis zur gewonnenen Freiheit im ersehnten Land, das einige unerfreuliche Überraschungen bereit hält.“ 

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Michael Striss, Erik Hofmann, Gerd Bierwirth, Dr. Wolf Erler, Gurdun Bär, Rainer Jahn, Cornelia Schneider, Roland Briol, Günter Johannsen, Hans-Joachim und Dr. Cornelia Springer, Horst und Sieglinde Opitz, Rolf Petermann, Christa Mertin-eit, Bernd Hartwig, Bernd und Waltraud Schmidt, Angelika Mädicke, Cornelia Schneider, Gerd Ahnert, Gerhard Knorr

## Zitate

„Ein heißes Herz, einen kühlen Kopf und saubere Hände, das muss ein Tschekist haben...“, „Der Stacheldraht (Die Mauer) wächst langsam ein...“, „Die Partei war der Staat..., sie hat immer recht“, „Sie (die ideologischen Feinde) sind nicht für das, was unsere Partei beschlossen hat, also sind das unsere Feinde, unsere ideologischen Gegner...“, „Wir wissen, wie man Persönlichkeiten aufbauen kann, dann können wir das Ganze Protokoll auch umdrehen, um das genaue Gegenteil zu erreichen...“, „Das Ziel war, um sie aus einem gewohnten Rhythmus herauszureißen...“, „Man hat ja fast schon Mitleid mit den Tschekisten, die Autonommerschilder sammeln mussten...“, „Ich bin auf dem Schoß dieser Leute groß geworden...“, „Gorbatschow war nur noch der Konkursverwalter des Ganzen. Das hat mich sehr betrübt...“, „Ein waches Volk, die beste Staatssicherheit...“, „Wir sind das Volk...“, „Keine Angst vor der Stasi...“, „Stasi raus...“, „Stasi in die Produktion...“, „Da saßen die Leute (MfS-Mitarbeiter) in Angst erstarrt in den Dienstobjekten, kein Licht an, Gardinen zu, schwarze Vorhänge runter...“, Es war eine Zeit, wo die Emotionen kochten...“, „Die Mauer muss weg...“, „Das war der I-Punkt der Katastrophe...“, „Ich habe mir die 100 Mark Begrüßungsgeld nicht abgeholt, da hätte ich mir lieber die Hand abgehackt...“, „Dann haben sie (die MfS-Mitarbeiter) noch 8.000 Mark Ost erhalten, die sie umtauschen (in West-D-Mark) konnten, so, und dann war Feierabend...“ **Quelle:** „Mein Staat – Meine Kontrolle“: Die Stasi-Spitzel der DDR | BILD TV-Doku, <https://www.youtube.com/watch?v=zWGVkrmjpQ4&t=2025s>

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
E-Mail: [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)

**UOKG-Spendenkonto  
für Abonnements und Spenden:**  
Konto: UOKG e.V.  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN  
**Verwendungszweck  
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“**

## Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.**



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 7/23: 13. Oktober 2023  
Redaktionsschluss Ausgabe 9/23: 17. November 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

